

zu schützen, doch nicht die Deutschnationalen, sondern die Sozialdemokraten dazu verufen sind, die „kluge Friedenspolitik“ der Luther-Regierung durchzuführen. Jeder Schrotte-Zorn in Zoll- und Steuerfragen würde dieses höchste Ziel der SPD, den Aufstieg in die Ministerie, in Frage stellen. Darum geht es mit gesättigter Trommel-Klang.

So sieht die Sache aus vom Standpunkt der Kleinbürgerlichen Politikanten, die sich Sozialdemokraten nennen. Wie aber steht es mit den Massenorganisationen des Proletariats, den Gewerkschaften, die verpflichtet sind, nicht die Interessen sozialdemokratischer Postenjäger zu wahren, sondern die Interessen von Millionen organisierter Arbeiter? Die Anfrage der Zentrale der RDS, die wir heute veröffentlicht, zeigt darauf hin, daß der ADGB, wie in allen anderen Lebensfragen des Proletariats, so auch in der Zollfrage bisher nur schöne Worte gefunden, aber noch keine einzige praktische Kampfmahnahme getroffen hat.

Die RDS schlägt ein konkretes Kampfprogramm gegen die Wucherzölle vor. Es ist die Aufgabe der organisierten Arbeiterschaft, dafür zu sorgen, daß die Gewerkschaften sich dieses Kampfprogramms zu eigen machen und nicht wiederum das Schwundprogramm der parlamentarischen Scheinopposition der SPD.

Die allgemeine Lage der deutschen Arbeiterklasse ist so bedrohlich, daß die Gewerkschaften schleunigst die Kräfte der Massen mobilisieren müssen, wenn sie nur ihre eigene Existenz verteidigen wollen. Der Angriff der Scharfmacher der Holzindustrie ist ein Vorstoß gegen die Existenz der freien Gewerkschaften überhaupt. So leitet die Bourgeoisie den allgemeinen Angriff auf die Löhne und Arbeitsbedingungen des Proletariats ein und will sich zugleich bei der herausziehenden Krise sicherstellen, daß wiederum wie bei der Inflationskrise die Arbeiterschaft allein die Lasten zu tragen hat.

Ist der Kampf des deutschen Proletariats zur Rettung seiner primitivsten Rechte in der jetzigen Situation notwendig, so ist andererseits die Situation für diesen Kampf auch durchaus günstig. Die deutsche Bourgeoisie und ihre Regierung sind in großen Schwierigkeiten. Es ist keine leichte Aufgabe, nachdem man bei der Hindenburg-Wahl das Kleinbürgertum mit nationalistischen Phrasen belogen gemacht hat, die Entwaffnungsnote und den Garantiekredit zu schließen, die Deutschland in einen Zustand versetzen, den die Türken, Marokkaner und chinesischen Kulis zu dulden nicht gewillt sind.

Zugleich mit dem Vormarsch der internationalen Revolution sehen wir ein Erwachen der internationalen Arbeiterschaft. Nicht nur erheben sich im Osten die Millionenmassen der Kolonialstaaten, gleichzeitig sammelt sich im Mutterland des Kapitalismus, im Mutterland der Gewerkschaftsbewegung, in England, das Proletariat zu neuen Kämpfen und zeigt den Arbeitern aller Länder den nächsten Schritt, der auf dem Wege der Befreiung der Arbeiterschaft getan werden muß: die internationale Einheit der Gewerkschaften!

Auf den deutschen Arbeitern liegt in diesen Tagen eine schwere Verantwortung. Sie dürfen sich nicht von dem Geschwätz der Gewerkschaftsführer auf eine ferne Zukunft vertrösten lassen, wo die Teuerung, die die Zölle mit sich bringen, durch Lohnsteigerungen wettgemacht werden soll. Das Proletariat ist der Vorkämpfer aller werttätigen Schichten. Die Verbindung von Industrie-, Brot- und Fleischzölle bedeutet den Hungertod nicht nur für die Industriearbeiter, sondern auch für den städtischen Mittelstand und die arme Landbevölkerung. Lohnsteigerungen, die außerdem nur einem verhältnismäßig kleinen Teil der Arbeiterschaft zugute kommen, so lange die reformistische Gewerkschaftstatistik der isolierten Lohnkämpfe gebraucht wird, sind kein Mittel, um den Hungertod zug der Bourgeoisie abzuwehren.

Die RDS zeigt den einzigen gangbaren Weg des Massenkampfs aller Werttätigkeiten gegen die Bourgeoisie. Nicht die Reformisten, die heute noch an den Spitzen der Verbände stehen, sondern die Massen der Arbeiter haben zu entscheiden, ob die deutsche Arbeiterschaft noch in größeres Glück verhüten soll, oder ob der Weg des Kampfes, der Weg der Befreiung gegangen wird.

Sozialdemokratische Realpolitik

Berlin, 22. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der Kreistag des Kreises Lüchow-Merco hat sich erneut mit den rücksichtslosen Unterschlagungen des sozialdemokratischen Landrates Vogel und des sozialdemokratischen Kreishauptamtsdirektors Mertes beschäftigt. Es handelt sich mindestens um 780 000 Mark. Die Kommunisten forderten durch Antrag die sofortige Verhaftung und bedauerten die Sozialdemokraten, daß sie ihren Landrat bis zur letzten Minute gestutzt hätten. Nach schweren Auseinandersetzungen nahm der Kreistag den kommunistischen Antrag an. Die Sozialdemokraten enthielten sich der Stimme, obwohl ihre Redner den Landrat selbst als Lumpen bezeichnet hatten.

Für die Einheit des Weltproletariats

Niederausmarsch der Roten Front.

Hamburg, 22. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern stand ein roter Frontkämpferfest des Bezirks Waaken statt. Mehr als 25 000 Arbeiter nahmen daran teil. 198 rote Fahnen wurden im Juge getragen. Trotz strömendem Regens waren schon am frühen Morgen tausende von Arbeitern auf dem Heiligen-Geist-Held veransammt. Viele Delegationen aus Hannover, Braunschweig, Halle, Berlin usw. waren erschienen. Mittags formierte sich ein wichtiger Demonstrationstag und zog durch die Straßen. In den Arbeitervierteln waren überall an den Fenstern rote Fahnen zu sehen und Girlanden mit den Bildern von Thälmann waren über die Straßen gezogen. Im Stadtpark stand eine Mahnversammlung statt, bei der Thälmann und ein chinesischer Genosse sprachen. Auch die Besetzung der russischen Sowjetdamper „Balchowit“ und „Koenigrad“, die zurück im Hamburger Hafen liegen, nahm an der Versammlung teil. Einer dieser Genossen betrat die Rotentribüne mit stürmischem Beifall der Versammelten und begeistert wurde die internationale Verbündung und Solidarität zwischen Thälmann, dem Chinesen und dem russischen Genossen aufgenommen.

Roter Tag in Weihenfels

Weihenfels, 22. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) In Weihenfels wurde ein nachvoller Roter Frontkämpfer-Tag abgehalten. Viele Delegationen von auswärts waren eingetroffen. Zum Demonstrationszug perlammten sich mehrere Tausend Arbeiter und Arbeiterrinnen. 25 rote Fahnen wurden im Juge mitgeführt.

Komintern und RDS an die 2. Internationale und Amsterdam

Eine gemeinsame Hilfsaktion für China

(Vorbericht) Moskau, den 17. Juni 1925. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale und das Völzugsbüro der Roten Gewerkschaftsinternationale richten an das Exekutivkomitee der 2. Internationale und an das Zentralbüro des Internationalen Gewerkschaftsbundes folgendes Telegramm:

„Die Ereignisse in China nehmen einen immer gewaltigeren Charakter an. Die chinesischen Arbeiterorganisationen haben in zahlreichen Telegrammen alle Arbeiterorganisationen der Welt, ohne Unterschied, um Hilfe angefucht. Ungeachtet aller zwischen euch und uns bestehenden Gegenseitigkeit halten wir es für unsere Pflicht, in diesem Augenblick an euch den Vorschlag zu richten, die moralische und materielle Hilfe für die chinesischen Arbeiter gemeinsam zu organisieren.“

Unter den Massenbewußten Arbeitern kann nur ein Urteil über die grausamen Gewalttaten, die gegenwärtig an den chinesischen Arbeitern und Studenten, an dem gesamten chinesischen Volk durch das Militär der imperialistischen Mächte verübt

werden, bestehen. Der räuberische Charakter der imperialistischen Aktion in China unterliegt keinem Zweifel. Es ist die elementarste Pflicht der europäischen und amerikanischen Arbeiter, ohne Unterschied der Richtungen, dem chinesischen Volk so rasch wie nur möglich zu Hilfe zu kommen.“

Wir schlagen euch vor, gemeinsam mit uns Meetings und Geldsammlungen zugunsten der kreisenden chinesischen Arbeiter und der Familien der getöteten und verwundeten Chinesen zu organisieren. Es kommt auf eine dauernde Hilfe an. Wir schlagen ebenfalls vor,

eine internationale Konferenz einzubilden zur ausführlichen Beratung der Fragen über andere Formen der Hilfe für das chinesische Volk.“

In Abetracht des dringenden Charakters der Angelegenheit ersuchen wir um sofortige Drahtantwort.“

Das Exekutivkomitee der RDS, ges. Rundsch.

Das Völzugsbüro der RGS, ges. Rund.

Die IAUH an die Amsterdamer

Die IAUH hat am 18. Juni folgendes Telegramm an den Amsterdamer Gewerkschaftsbund gerichtet:

„Hunderttausende chinesische hungrige und streitende Arbeiter rufen dringend um Hilfe und proletarische Solidarität. Englische Gewerkschaften haben bereits volles Einverständnis und völlige Solidarität mit Streitenden vereinbart. Russische Arbeiter und Gewerkschaften nahmen Summen gezeichnet. Unterzeichnetes Exekutivkomitee alle seine Komitees und Organisationen zu sofortiger Aufnahme Hilfsaktion verpflichtet. Erste Summe überwiesen. Speisungsaktion Shanghai aufgenommen.“

Exekutivmitte wendet sich an Internationalen Gewerkschaftsbund mit Antrag. Aktion zur Hilfe chinesischer streitender Arbeiter gemeinsam eventuell durch paritätisch gebildete Kommission zu führen. Sind bereit zu gewünschten Verhandlungen nach dort Vertreter zu senden oder Vertreter von euch hier zu erwarten.“

Exekutivkomitee Internationale Arbeiterhilfe Münzenberg, Berlin, Unter den Linden 11.

Einheitsfront der Arbeiter gegen Zoll- und Steuerwucher

Berlin, 22. Juni. (Eig. Drahtmeldung.) Die aus Kommunisten, Sozialdemokraten und Parteilosen bestehenden Massen-Betriebsräte der Werke Osram, Daimler-Motoren-Gesellschaft Mercedes, Pomaq-Meguin und Maschinenbau-Gesellschaft Adelsb. wenden sich in einem gemeinsamen Aufruf gegen die Zölle und Steuern der Luther-Regierung und fordern die Gesamtarbeiterchaft überall zu Betriebsversammlungen auf, laden dazu die Vertreter des ADGB, der RDS und SPD ein und erinnern an das Wort von Karl Legien, daß keine Regierung gegen den Willen des ADGB, auch nur 24 Stunden bestehen könne.

Folgt dem Beispiel der Berliner Arbeiter. Bildet die Einheitsfront gegen die Wucherer.

Der heute abgedruckte Aufruf der Zentrale ist in den Betrieben usw. anzuladen! ausschneiden! An Flecken

Kommunistenheft der Linken

Paul Levi neuer Erzbis.

Paul Levi bestätigt sich in den Blättern der jüdischen Linken mit der Tatsat der RDS. Als Einleitung erzählt er allerlei Geschichten aus dem Süßwaren. Nun, wir können aber gewiß nichts dazu, daß Paul Levi einmal ein bisschen ein Es hat legen leben. Was er zur Tatsat sagt: „Es gibt keine monarchistische Gefahr, die RDS kommt zu spät, die RDS wird opportunistisch, die Sammlung der revolutionären Kräfte ist durch die SPD aufgepeppt, das macht fest die — SPD. Leider Paul Levi selbst zeigen wirklich die Söhne.“

Die Vieh wird eingestanden

Die Röde vom Preisrückgang

(Bericht von der Landespreisprüfungsstelle)

Da Zeugnissen nichts mehr hilft, muß auch die Landespreisprüfungsstelle die katastrophale Lage der Preisbewegung eingestehen. Natürlich berichtet sie in sehr verdecktem Form. Wir entnehmen dem Bericht nur ein paar wichtige Zitate.

Die seit drei Monaten aufzutretende Tendenz allgemeinen Preisrückgangs hat in den letzten Wochen eine Unterbrechung erfahren. Die amtliche Großhandelsdirektion weiß gegenüber dem Stande des 29. April gleich 140,5 am 10. Juni gleich 134,8 eine Steigerung um 2,9 Prozent auf. Berufsamt ist der



Das „Recht auf Arbeit“.

Die Kinderklavarei in Shanghai

Kapital (zu einem chinesischen Streitfall): Jawohl, ich werde das Recht dieses Kindes auf Arbeit verteidigen, sogar bis zum Tod — zu deinem Tod natürlich.

Anstieg durch das Ansteigen der Lebensmittelpreise, die um 55 Prozent gestiegen sind, während die Industrieprodukte ihr Preis behalten. Gehirne sind vor allem Weizen, Mehl, Hafer, Kartoffeln, Fleisch, Schmalz, Butter.

Aber wird eilen eingerufen, daß all das, was die breiten Massen für das Lebensunterhalt brauchen, im Preis ungebaut gestiegen ist. Was gibt nun die Landespreisprüfungsstelle als Grund dieser Aufwärtsbewegung an? Für Getreide und Mehl erklärt sie, seien internationale Einflüsse maßgebend gewesen. Für die Erhöhung der Fleischpreise bei einer Ausweitung der Zollvorlage bereits zu verantworten. Hier zeigt sich das ganze Verbrechen des Anstiegs der Zollvorlage, die die Ausbeutung und Aushungierung des deutschen werktätigen Volkes in der niedrigstgradigen Weise fördert. Ein Zitat aus der „Allgemeine Fleischzeitung“ Nr. 133 gibt das ganz offen zu:

Aber auch noch einen anderen Grund hat die enorme Aufwärtsbewegung der Fleischware, nämlich die Erwartung der Schuhzölle auf die Einfuhr von Bier und Fleisch. Der Landwirtschaft soll durch die Zölle geholfen werden. Steigerung der Preise für ihre Produkte wird die Folge sein. Sowohl die bloße Ankündigung des Zölles und die Aussicht auf eine baldige eventuelle Erwartung der Schuhzölle hat unverträglich erhöht auf die Bierpreise gewirkt; wobei nicht unermahnt bleibt soll, daß jeder hausmünnisch denkende Landwirt sein Bier, für das es glaubt, in absehbarer Zeit höhere Preise zu erzielen, verkaufen wird, was ebenfalls eine weitere Preiserhöhung zur Folge hätte.“

Weiter kündigt der Bericht nachdrücklich eine Erhöhung der Reichsindifferenz der Lebensmittelzölle an. Natürlich kann er sich jetzt schon eine genaue Angabe erlauben zu machen. Aber der alte Wohltätigkeitszoll nach gebotener Wunsch, irgendwie Vereinfachungen auf die Kosten der Arbeiterschaft zu erledigen, ist leicht für die Versicherungsstellen unverfügbar, denn sie berücksichtigt ebenfalls wieder etwas darüber über die katastrophale Entwicklung der Arbeiter.

Die Pöhne weisen am April eine Steigerung um 2 Prozent für Getreide und um 2,4 Prozent für Getreide auf. Doch gilt dies vornehmlich für die Produktionsabteilungen Bergbau, Bau- und Holzgewerbe, Metallindustrie; die Verbrauchsindustrien (Textilindustrie, Fischfanggewerbe), erhielten nur teilweise am 1. Juni Vollerhöhung.

Neben der Außenhandelsabteilung berichtet sie erstaunendes Auges:

Die Außenhandelsabteilung ist im April leicht verändert. Der Defizit beträgt 327 Mill. Röll gegen 328 Mill. im vorangegangenen Jahr. Das ist eine verschärfung für die Produktionsabteilungen.

Wenn sie dann die Fortdauer der Abhängigkeit feststellen müssen, und dann in geradezu lästiger Form schreiben:

„Eine Belebung der Konjunktur wird wohl nur von den Wiederbeginn der amerikanischen Rüstung zu erkennen sein, für den Anzeichen vielleicht zu erkennen sind.“

Es muß man schon erkennen, daß unter sichenden Wirtschaftspolitiker entweder unglaublich naive Menschen oder niedrigträchtige, erbärmliche Männer sind.

Diese kurze Auflösungssitzung der katastrophalen Gangartigkeit der Verantwortlichen der deutschen Wirtschaft zeigen, daß die von ihnen verhüllten, veripotierten und lächerlich gemachten Kommunisten völlig Recht behalten haben. So wie sie politisch die Entwicklung der Dinge in Deutschland an Hand der vorhandenen Voraussetzungen „wieslogt“, haben sie auch bei ihrer wirtschaftlichen Analyse die Ausweglosigkeit der deutschen imperialistischen Wirtschaft gezeigt. Während vor Annahme des Dawespaltes noch weiße Kreise der Kreisler-Allianzen begannen, brechen diese unter den wuchtigen Schlägen der Totischen allmählich zusammen. Und mit dem Zusammenbrechen der Männer muß der Kampfeswillen der deutschen Arbeiter wachsen, muß sich in den Arbeiterherzen der Gedanke festigen!

Der schwanken Ausbeutung und der brutalen Unterdrückung der weitaus Massen kann nur ein Ende gelten: werden durch erarbeitungslosen, wirtschaftlichen und politischen Kampf um die Macht.

Metallarbeiterstreik in Belgien

Brüssel, 22. Juni. Nach einer Meldung des „Soir“ hat ein außerordentlicher Kongress der Metallarbeiter heute einstimmig eine Zusicherung angenommen, daß die Arbeiter in den Fabriken, in denen eine Lohnherabsetzung um 5 Prozent einzutreten soll, am 1. Juli die Arbeit niedergelegt würden.

13 neue Todesurteile in Bulgarien

WTB Sofia, 20. Juni. Der Prozeß gegen die Kommunisten vor dem Kriegsgericht in Plewens ist beendet. Der Staatsanwalt beantragte Todesstrafe gegen zehn Kommunistenführer in dem nordbulgarischen Revolutionsgebiet.

(WTB) Sofia, 20. Juni. Vor dem Kriegsgericht in Plewens wurden drei Angeklagte zum Tode durch den Strang, 18 Angeklagte zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Von den zum Tode verurteilten drei Angeklagten sind zwei flüchtig. 12 Angeklagte wurden freigesprochen.

Dresden

"Sächsische Guldur" unter schwarz-weiß-roter Flagge

Der Dresden Sozialist gestern lebten großen Tag. Auf Kosten der Arbeitnehmer und Beamten hat das Bürgeramt eine seiner wichtigsten Demonstrationen durchgeführt. Wenn nicht auf dem sozialen und sozialen Gebäudefest die schwarz-rot-gelbe Fahne aufgetragen geweht wäre, so wäre jetzt dem autoritären Rechthaber nicht klar geworden, daß dieses Fest auch die "Republik" mit teierte. Die Angagen des Kaiserreichs hätten um diese Tugend von den Mäzen der Spiekerzähmungen und Verhaftungsfesten und Kneipen. Nach dem Tantum hätte man allerdings mühsam jüden, daß die Angriffe der Dresden-Berichterstatter großer gewesen wären. Aber auch die Tatsache, dass diesem niederrädrigsten Kummel Versprechen fanden, gelang ihnen, um jedem Arbeiter die Augen zu öffnen über die wilde Gefahr dieses "Festes". Bei den Reichsbürgern waren Angagen natürlich Gewaltprinzip. Es ist bezeichnend darüber, wie Schauder eines Jagdgeschäfts an der Fettenschnüre, der mittlere Rahmen die lächerlichen Unheilfahrt, die rechte Hand die Farben des Kaiserreichs und die linke Faust die Farben der Republik" rings. Und doch man sogar die Angestellten niederrädrigsten Brausen gezwungen hatte, diesen Namen diesem ein zu opfern, mit einem bedeckenden Zettel auf dieser Fahne! Und der Ruhmshalter? Der Großkraut des Festes war vielleicht das "Kunststück" eines Käfig-Wilhelms! Diese grünlichen Söldnerfrasen, die triumphierend den Wachtürmern betrachteten, freuten sich aber bestimmt über eine Tasse. Neben dummen fetten Bourgeoisgegenstücken kann man sicher marodieren, gekonnt wie Prinzessinnenhandtuch wie ender allgemeinen Optik, die man zur Tradition Jahrhundert aber liegt der Stein der Sache. Die "Führung" lobt neutralen, hässlichen Maaten. Keine der Himmelsrichten, die die deutsche Bourgeoisie hütet, um ihre Gültigkeitsprinzipien durchzusetzen. Was will "Kult. den 20." veranlassen mit fliegendem Spieke und aben, und dann?

Urtreite Sie los! "Wo braucht ein Kuf wie Dönnert, und unter der Führer von Peuten, die hinter dem Käfigen des 20. das Ruhmshabern haben werden, werden anstrengt" schreibt. Wahns 1925! Und nachts? Wozu hat Sachsen einen sozialdemokratischen Innenminister, als das nicht kann die sozialen Bewegungen "Säule" gemacht wird? Schade! Sehnen, dringliches Besuchte, was war das Kennzeichen des alten Reichstags? In Dresden.

Die Arbeitnehmer müssen ihre geführten Männer die Augen öffnen, dass die wahren Auswirkungen des Kummels! Gegen den sozialdemokratischen Kampf des Sängertisches muß am 2. August die Massenbewegung Arbeitskraft ausmarzieren! gegen die imperialistischen Kriegsbefreiungen der Bourgeoisie für die Infiltration der Herrschaft der Konsolidierung!

Arbeiter-Mandolinisten verunglückt!

85 Verletzte unter 10 schwer

darunter viele Genossen.

In der Nähe von Heuberg wurde gestern ein Postauto mit Anhänger, das in Dresden Arbeiter-Mandolinisten, darunter vielen Parteigenossen aus Friedersdorf, begeistert war in die Führung. Fleigt wurden 85 Personen, davon 10 schwer. Wir berichten darüber noch ausführlich.

Eine Firma von Kuf

Zum Industriegelände der Albertstadt befindet sich eine ehemalige Fabrik und neuerlich Gebrüder Kuf. Diese Firma hat in 1000 Schichten arbeiten und nach einer hohen Gewinne erzielte. Um die Arbeitnehmer durch 10 Stunden arbeiten muss und es kann für Arbeit! Es werden je Schicht 10 Mann benötigt im "abgelaufenen" Alter von 16 bis 18 Jahren. Der Arbeitgeber ist sogar c. 20 Jahre alt. Aus diesen Gründen steht der Kuf immer beträchtliche Summen, denn fragt nicht nach dem Betrieb beweist es in um 30 Pf. herum, obwohl es ja nicht eine Scheinkonkurrenz, die mal nachdrücklich bemerkte. Eine Erscheinung ist natürlich niemand, denn man kann nicht sagen der Firma lautet: Wer im Verband ist, darf nicht in die Firma treten, denn sonst folgt die Entlassung! Ein Verordnung, die dem Arbeiter keinen Schutz verleiht und auf Basis ist getragen, daß eben keiner ist im Verband, so dass keiner eingeschlossen wird nicht Arbeitgeber nicht geschlossen gegen die

Der Kampf um das Recht der Feuerbestattung

(Von einem sozialistischen Freidenker.)

In unserem Lande und darüber hinaus ist in den letzten Jahren eine gewisse Entwicklung Bahn gebracht, trotz aller noch möglichen Hindernisse, die ihm von seinem immer weiteren Fortschritt in den Weg gehalten werden.

Ja einer gewissen gesetzlichen Vorwärtsentwicklung befinden sich die Kirche, die der Propagierung dieses Gedankens und den vom ihr Erwirkung profitlich zu realisierenden Massenbewegungen zählen dienen, die jetzt der Zukunft bevorsteht, in die sind, und immer gewaltiger wird der Widerstand der Kirche auf sie möglich aufnehmen lassen. Hätte doch allein im ersten Quartal 1925 über 11.000 Kirchen zu ver-

hindern, eine bedeutende soziale Bewegung ist es, daß es Träger des sozialen Bevölkerungsrechts sind, die ich nun auf ihre jüngste Rücksicht. Der Grund für diese Erweiterung liegt darin, daß die Kirchen, die die Tatsachen des Kampfes für die Feuerbestattung nicht nur auf ethischem und kulturellem Gebiete, sondern in hervorragendem Maße sozialer und politischer Natur sind. Der Kampf um die Feuerbestattung ist einer Zeid der Meinung des proletarischen Klassenkampfes geworden und gerade hierin liegt die hervorragende Bedeutung und Wichtigkeit, hiermit sich auch die Rücksicht des Erfolges gezeigt.

Der Verein der Freidenker für Feuerbestattung ist eine proletarische Organisation, die für eine gerechte und unverfälschte Menschenrechte kämpft, gleich für welche Zwecke und Zweideutigkeiten nur kann einen lebendigen Inhalt haben, wenn unterdrückte Klasse voran, die sie beherrschenden Gewalten führen mag.

Unterstützen Sie uns! Ob die Menschheit nur mutig schreiten, dann werden ihr zwei Joch abschütteln können. Gilt nicht in die Organisation einzutreten und dort kämpfen lernen. Eine Aufgabe steht vor den Arbeitern der Firma "von Kuf".

Warum Jung-Spartakus-Bund?

Stimmt gleichzeitig heißt man heute noch in Bezeichnungen und in der Jugend des J.S.B. gegenüber. Man erinnert ebenfalls als notwendiges Leben in der Form, das Kinder kommunistischer Eltern zusammengebracht werden, um nicht zu viel im burgelichen Kindergarten in Verbindung zu kommen. Unterhaltung, Spiel und Tanz sollen die Zusammenkunft aus. Wäre es an dem, so würden wir uns ablehnen und lieben eine Sache, der J.S.B. wäre eine Lüderlichkeit. Wir könnten unsere Kinder dann ganz gut auch in den Kindergarten, in Spielen und so weiter, das wäre genau zu stellen. Auf der anderen Seite behauptet man wieder, kein Kind nicht mit Politik vollkommen zu lassen, weil es einfache überzeugt und nicht versteht. Diesen Gedanken vertheidigen aber noch nicht das ungeheure Interesse des proletarischen Kindes für seine nächste Umgebung und seine Freunde deshalb an dem Kern dieser Frage weit vorbei, so sehr sich ein klein wenig Mühe zu geben, ist näher zu kommen.

Was will nun der J.S.B.?

1. Zulämmung aller proletarischen Kinder von 10 Jahren aufwärts.
2. Erziehung sozialistische und politische Pädagogik bestimmt das Milieu, in dem das Arbeiterskind heute lebt. Deshalb ist es dringend Notwendigkeit, beizubringen, wie die Freunde des Proletariats sind. Das proletarische Kind wird dann auch bald verleben, wie keine Interessenten sind, und ganz bestimmt eine Auseinandersetzung mit der K.P. und K.D. suchen.

3. Den größten Widerständen, Nötzen und indirekten Drangstilungen und Schwächen ist das Kind in der Schule ausgesetzt. Dies ist der Ort, wo man verläuft, ein militärisches Instrument für den kapitalistischen Staat zu formen. Demnach wird aus hier die intensive Arbeit des J.S.B. beginnen.

Enges Zusammenarbeiten mit den Elternberatern und kommunistischen Lehrern ist außerst notwendig. Desgleichen eine

auslaufende Neigung unserer Anhänger, damit die Kinder

erfolgreich unsere Idee in der Schule breittragen können.

Wenn wir von dieser Seite aus den J.S.B. betrachten, so werden wir auch eine Notwendigkeit innerhalb der proletarischen Bewegung einsehen, denn es handelt sich nicht darum, Kinder solitär zu erschaffen, sondern Funktionen für die kommunistische

200 Mark

wurden durch die Betriebszelle Seidel und Kaumann als Teilergebnis der Sammlung für die "Rote Hilfe" der Belegschaft überwiesen. Genossen tanktzt für die

"Rote Hilfe"

Bewegung heranzubringen, die mit wirklichem Ernst an die an uns geliebten Kämpfer einmal herantreten werden und auch in der Lage sind, dieselben zu erfüllen.

Genossen, eure Wicht ist es nun, zu werben und zu agitieren für den Jung-Spartakus-Bund, damit überall in Sachsen neue Gruppen ins Leben gerufen werden und ein wirklicher Kinderfreundschaftsverband entsteht — uns zum Zweck und den Spießen zum Schied.

E. D.

Kommunistische Gewerkschaftszerstörer?

Wir veröffentlichen nachstehend ein Schreiben des J.S.B., das unter Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung erarbeitet. Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Dresden.

Dresden, den 20. Juni 1925
An die Redaktion der "Arbeiterstimme"

Dresden-A. Güterbahnhofstraße 2.

Für die sozialistisch unterstützte Protestierkundgebung gebrochenen Artikel danken wir Ihnen herzlich. Sie haben dadurch die Bewegung der Angestellten des Einzelhandels gegen die beschäftigte Arbeitsetzerveränderung wesentlich gestärkt.

Hochachtungsvoll
Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Dresden.
A. Haunisch.

Und nun müssen wir dem Kollegen Haunisch und der Mittelbehörde des J.S.B. mitteilen, daß der Redakteur, der die Unterstellung des J.S.B. kommt in diesem Falle, also auch im Falle der Konsumgenossenschaftsabstimmungen durchgeführt hat, bestrebt ist, dass erfolgte Aufnahme in den J.S.B. rückgängig gemacht werde mit der Begründung, der Kollege ist Kommunist, deshalb müsse er auf Grund seines Programms gewerkschaftszerstörend Arbeit leisten!

Stellt sich die Taktik der Gewerkschaftsbewegung nicht eindrucksvoll dem arbeitsteilenden Verhalten der Konsumgenossenschaften an die Seite?

J.S.B.-Mitglieder, seid ihr mit einer solchen Stellungnahme einverstanden?

Eine von Arbeitern gehaltene Organisation — mag sie funktionieren, wirtschaftlichen, sozialen oder politischen Zwecken dienen — ist ohne Wert für die Arbeiter, wenn sie nicht in Kampfstellung gegen die Reaktion steht!

Zweck und Ziel einer Organisation für die Feuerbestattung ist es, in erster Linie die Hemmungen zu beseitigen, die der Einführung der obligatorischen Feuerbestattung durch den Staat im Wege stehen. Hier ist es besonders die Kirche, deren Einfluss noch sehr mächtig ist und deren Widerstand zu brechen unterstreicht und schwierige Aufgabe vorliegt.

Zweck und Ziel einer proletarischen Organisation für Feuerbestattung ist weiter, den ausbeuterischen Tendenzen entgegenzutreten, die Kirche, Kirche und Kapitalismus in trauter und wirtschaftlicher Dreizweig ausüben, indem sie mit dem Monopol der Predigt kämpft, um ihrer Profite aus hierbei noch genügen zu können.

Und doch den Schöpfern durch die beobachteten gelehrten Beurteilungen weiterer Spielraum hinzu, der Förderung der Gedanken gefallen, der Bewunderung durch die Behörden steht Tor und Tor geöffnet. Man hält es kaum für möglich, wenn man hört, daß die Kirche bei der Beisetzung Abbernden auf ihrem Kirchhof 50 Prozent auf die Toten an und für sehr hohen Bestattungsosten aufschlägt! Diesen Tendenzen entgegenzuwirken, ist die Aufgabe der proletarischen Feuerbestattungsbewegung.

Der Kampf geht um geistige Güter, indem aus den Hirnen und Herzen getrockneter und gebrüderter Menschen der Rebellenkampf herausgetrieben wird, den Jahrhunderte alte Magie um sie neigt, um sie weiter in Einsicht und Demut zu erhalten, um sie zu einer heiligen und heilenden Kraft zu machen. Dies ist die geistige Blindheit eines Volkes ist. Hier steht man die Ideengleichheit des Feinde des arbeitenden Volkes am besten: Kirche wie Kapitalismus brauchen eine dumme Masse, um sie leichter auszupressen.

Um diese geistige blinden Seelen unserer Klassengenossen haben wir zu kämpfen, sie zu erfüllen mit der Erkenntnis unseres geistlichen Wertes, in ihnen hineinzulegen das Bewußtsein ihres Wertes als Mensch.

Um das Schulauflösungsgefecht

Die sächsische Regierung hat bekanntlich vor einiger Zeit dem Landtag eine Vorlage über ein Schulauflösungsgefecht zur Überwachung der Volksschulen zugehen lassen. Es sind der Regierung in beiden Schwierigkeiten erwachsen, weil der demokratische Kongress, der demokratische Körper im "Sächsischen Lehrerbund", Dr. Schäfer, den Regierungsberechnungen Widerstand entgegenlegt. Doch wird man schon Mittel und Wege finden, um den Widerstand zu überwinden, oder ihn höchstens zu machen, denn die Union besteht in einer Melbung hierüber.

Es wird aber in unterschiedlichen Kreisen nicht angekommen, doch es der demokratischen Partei erwünscht ist, die demokratische Schulepolitik in den Mittelpunkt der sächsischen Landtagskämpfe rücken zu lassen, was bei einem endgültigen Zusammenschluss des Gewerkschaftsverbands die unvermeidliche Folge wäre.

Der Weg der Demokratie wird also über Herrn Seydel gehen. Und die "Sozietät" werden ebenso über ihre Genossen im "Sächsischen Lehrerbund" mit den Wählerleuten marschieren.

Abgeblitzt, Herr Kaiser

Wir brachten am 11. April einen Artikel aus dem "Kämpfer" über das neue Schulauflösungsgefecht von M. Uhlig zum Abschluss. Das sächsische Ministerium für Volksbildung hörte nun auf diesen Artikel folgende Berichtigung:

Da Nr. 89 vom 30. April 1925 des "Kämpfer" wird von M. Uhlig in einem Aufsatz über das neue Schulauflösungsgefecht, geliefert gedruckt, behauptet: "Wir augenzwinkernder Harta wird die folgende Zahl der Klassenstärke durchgeführt. Durchende von Lehren müssen gehen". Das Segenstell in Wahrheit entsprechend dem Befehl des Landtages vom 20. März 1924 wurden ältere über 1925 zur Teilung von Klassen, also zur Heraufzehrung der Klassenstärken, zur Erhöhung der Klassenwochenstunden, zur allgemeinen Verringung der Pflichtstunden der Lehrer auf die Zahl vor dem Abbau und zur Erhöhung der Administrationsstunden für Schulleitung und Schulverwaltung rund 100 Lehrer, die durch den Rückgang der Schülernzahl an sich frei geworden waren, entzogen der Schulbezirke belassen oder — sowie in vorhandene Unterrichtsräume zuließen — in andere Schulbezirke in gleicher Anzahl verlegt. Außerdem sind von etwa 600 Schulamtsangehörigen des Jahrgangs 1925 mit voller teilweise Vollbeschäftigung zur Teilung von Lehrerstunden rund 100 eingestellt worden. Das damit unbekümmert um das Schulauflösungsgefecht mittleren in den Abbaujahren ein wichtiger Schritt vorwärts im Ausbau des Volksschulwesens und viel zum besten belastet Lehrer gefallen wurde, muß auch dem Polen einfallen."

Wir bemerken dazu folgendes:

Obwohl 200 junge Lehrer in Sachsen keine Stelle haben, obwohl an die 30.000 Lehrer in Deutschland stellunglos sind (siehe Reichstagabhandlung), jugendbedarfsmässig aber mindestens 20.000—25.000, ist die geringmäßige Klassenstärkenzahl noch nicht durchgeführt, wurden für die ganze Schulgemeinde die Stundentabellen so peinlich ausgerechnet, daß Lehrer zwischen zwei Schulen pendeln müssen. Damit ja keine Klasse „zuviel“ wurde, wurde die Zahl der Lehrkräfte auf Bruchteile ausgerechnet („teilweise Vollbeschäftigung“), dabei gibt es Lehrerstanden, die überlassen das Urteil dem Lehrer.

Man kann es so verstehen: Seht, so viel haben wir getan! Das sagen immer die Reichen. Nun kann aber auch so sagen: Ihr dötet nicht nur mehr zu können, sondern viel mehr zu müssen, das ist die berechtigte Anklage der Armen.

Der beliebteste Artikel sei hier: Wie wir hören, hat das Ministerium des Innern Sirks angezeigt gegen den Herrn Schäfer wegen Beleidigung erster Art. Sirks hatte vom Vater gesagt, der die K.P. als reaktionär bekämpft habe, sozialdemokratische Amtsbeamte ihm abzuhauen. Sirks erklärte diese Abzuhauen als Verkörper der Nationalsozialist als reaktionär und nahm dabei Bezug auf das Ballgepräch des Polizeipräsidenten Kühn. Obwohl es sich nur eine rein politische Auseinandersetzung die SPD, als Partei handelt, wie auch Vorläufiger Führer (SPD) besitzt, der deshalb keinen Ordnungsrat für angekündigt hieß, staubt man aus der Rede eine Bekleidungslage zuwider. Und interessiert an der Sache eigentlich am meisten, möcht denn die guildezähnen Beamten des Herrn Müller die Zeit für solche „Aktionen“ nehmen. Früher war ja wohl Herr Kühn überredes Begreiter der bürgerlichen Gerichte. Ja, einst und jetzt?

Neues vom Dresdner Seiden. In einer neuzeitlichen Sitzung des Dresdner Senatzausschusses beschloß man, für den Monat Juni noch einige Sonderabende zu veranstalten, und zwar am 2. Juni einen Schubert Abend unter Mitwirkung von Kammermusiker Oelst, des Pianisten Theodor Blumer und des Dresdner Streichquartetts. Am Mittwoch, den 24. Juni, liest Willi Bepler (Meisen) aus seinen Dichtungen. Am 26. Juni findet ein Käfiger-Abend statt mit einleitendem Vorlesung von Dr. Felix Zimmerman. Lieber nur Name von Helga Petri und Vorlesungen von Albert Willy vom Neustädter Schauspielhaus.

Zur Zeit wurden diese Zeiten als Ausicht genommen; am 3. Juli ein Richard Strauss Abend und für den 5. Juli ein Abend "August der Starke" an dem heimliche Gastspiel aus letzter Stadt aus seinem verdienten Bariton Roman "Kerzen im Wind".

Bewohnte Erkenntnis und soziale Selbstbewußtsein, hineingebringen in die große Welle unter Volkes, das heißt die Waffe zu lösen, die der Klassenkampf und ihren Repräsentanten den Lebensstil verleben wird.

Die Bewegung führt ein Kampf um legitime Interessen! Wir erreichen die Beteiligung einer Bevölkerungsform, die vollkommen veraltet ist, die jeder waffentümliche, hegemonialen und ökonomischen Elementararistokratie hohn spricht. Wir bekämpfen die Ungerechtigkeit, die dadurch ausgelebt wird, daß noch aus dem Tode eines Menschen Kapital geholt wird, noch aus der Beteiligung der herblichen Arbeitkreise Profit herausgewinnt werden.

Starker und brutaler kann sich der internationalen Geist der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gar nicht kennzeichnen, als darin, daß man die Festigung eines Reichsnamen, eine dem menschlichen Erhaltungstrieb entzogene Notwendigkeit, zu einer goldenen Einnahmequelle gestaltet!

Eine Gesellschaftsordnung, die zur Norm erhebt, was widerständlich und unmenschlich ist, tentativ nicht nur sich selbst, sondern auch die religiösen Zivilisationen, auf die sie hört läuft.

Wir fordern, daß der Staat die ihm obliegende Pflicht übernimmt, die Beisetzung seiner Toten völlig kostenlos und in würdiger Form, das heißt durch Feuer, zu vollziehen.

Pflicht eines jeden Proletariers ist es, an der Vermittelung dieser unteren Ziele und Aufgaben tapferig mitzuwirken, zum Wohle der gesamten Menschheit, zum Wohle der arbeitenden Klasse insbesondere!

Zunahme der Lustverliebtheit. Im Monat Mai erreichte der über Dresden währende Lustverlebtheit, der bekanntlich seit April durch die Verlängerung der Strecke Dresden-Berlin bis Kopenhagen und durch die

an schaffen, doch nicht die Deutschnationalen, sondern die Sozialdemokraten dazu berufen sind, die „Huge Friedenspolitik“ der Luther-Regierung durchzuführen. Jeder Schritte Ton in Zoll- und Steuerfragen würde dieses höchste Ziel der SPD, den Aufstieg in die Münsterie, in Frage stellen. Daraus geht es mit gedämpftem Tonfall.

So steht die Sache aus vom Standpunkt der Kleinbürgerlichen Politikanten, die sich Sozialdemokraten nennen. Wie aber steht es mit den Massenorganisationen des Proletariats, den Gewerkschaften, die verpflichtet sind, nicht die Interessen sozialdemokratischer Parteigänger zu wahren, sondern die Interessen von Millionen organisierte Arbeitnehmer? Die Anfrage der Zentrale der KPD, die wir heute veröffentlichten, weist darauf hin, daß der ADGB, wie in allen anderen Lebensfragen des Proletariats, so auch in der Zollfrage bisher nur schöne Worte gefunden, aber noch keine einzige praktische Kampfmachnahme getroffen hat.

Die KPD schlägt ein konkretes Kampfprogramm gegen die Wucherzölle vor. Es ist die Aufgabe der organisierten Arbeiterschaft, dafür zu sorgen, daß die Gewerkschaften sich dieses Kampfprogramms zu eigen machen und nicht wiederum das Schwundprogramm der parlamentarischen Scheinopposition der SPD.

Die allgemeine Lage der deutschen Arbeiterklasse ist so bedrohlich, daß die Gewerkschaften schließlich die Kräfte der Massen mobilisieren müssen, wenn sie nur ihre eigene Existenz verteidigen wollen. Der Angriff der Scharfmacher der Hölzerei ist ein Vorstoß gegen die Existenz der freien Gewerkschaften überhaupt. So leitet die Bourgeoisie den allgemeinen Angriff auf die Löhne und Arbeitsbedingungen des Proletariats ein und will sich zugleich bei der herausziehenden Krise sicherstellen, daß wiederum wie bei der Inflationskrise die Arbeiterschaft allein die Kosten zu tragen hat.

Ist der Kampf des deutschen Proletariats zur Rettung seiner primitivsten Rechte in der heutigen Situation notwendig, so ist andererseits die Situation für diesen Kampf auch durchaus günstig. Die deutsche Bourgeoisie und ihre Regierung sind in großen Schwierigkeiten. Es ist keine leichte Aufgabe, nachdem man bei der Hindenburg-Wahl das Kleinbürgertum mit nationalsozialistischen Phrasen besessen gemacht hat, die Entwaffnungnote und den Garantiekopf zu schützen, die Deutschland in einen Zustand versetzen, den die Tukken, Moroslawer und chinesischen Kulis zu dulden nicht gewillt sind.

Zugleich mit dem Vormarsch der internationalen Reaktion stehen wir ein Erwachen der internationalen Arbeiterschaft. Nicht nur erheben sich im Osten die Millionenmassen der Kolonialsklaven, gleichzeitig sammelt sich im Westerland des Kapitalismus, im Westerland der Gewerkschaftsbewegung, in England, das Proletariat zu neuen Kämpfen und zeigt den Arbeitern aller Länder den nächsten Schritt, der auf dem Bogen der Befreiung der Arbeiterklasse getan werden muß: die internationale Einheit der Gewerkschaften!

Auf den deutschen Arbeitern liegt in diesen Tagen eine schwere Verantwortung. Sie dürfen sich nicht von dem Geschwätz der Gewerkschaftsführer auf eine ferne Zukunft vertrösten lassen, wo die Teuerung, die die Zölle mit sich bringen, durch Lohnsteigerungen weitgemacht werden soll. Das Proletariat ist der Vorkämpfer aller werktätigen Schichten. Die Verbindung von Industrie, Bröt und Fleischzöllen bedeutet den Hunger nicht nur für die Industriearbeiter, sondern auch für den südlichen Mittelstand und die arme Landbevölkerung. Lohnsteigerungen, die außerdem nur einem verhältnismäßig kleinen Teil der Arbeiterschaft zugute kommen, solange die reformistische Gewerkschaftsstatistik der isolierten Lohnkämpfe gebraucht wird, sind kein Mittel, um den Hungersfeldzug der Bourgeoisie abzuwehren.

Die KPD zeigt den einzigen gangbaren Weg des Massenkampfes aller Werktätigen gegen die Bourgeoisie. Nicht die Reformisten, die heute noch an den Spitzen der Verbände stehen, sondern die Massen der Arbeiterklasse noch in größeres Elend verhüten soll, aber ob der Weg des Kampfes, der Weg der Befreiung gegangen wird.

Sozialdemokratische Realpolitik

Berlin, 22. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der Kreistag des Kreises Bickenfeld hat sich erneut mit den rückgestopften Unterschlagungen des sozialdemokratischen Landrates Vogel und des sozialdemokratischen Kreisparteihauptmanns Marx beschäftigt. Es handelt sich mindestens um 780 000 Mark. Die Kommunisten forderten durch Antrag die sofortige Verhaftung und beschuldigten die Sozialdemokraten, daß sie ihren Landrat bis zur letzten Minute getäuscht hätten. Nach schweren Auseinandersetzungen nahm der Kreistag den kommunistischen Antrag an. Die Sozialdemokraten enthielten sich der Stimme, obwohl ihre Redner den Landrat selbst als Lumpen bezeichneten hatten.

Für die Einheit des Weltproletariats

Kreisausschluß der Roten Front.

Hamburg, 22. Juni. (Eig. Drahtmeldung.) Gestern fand ein roter Frontkämpfungstag des Bezirks Waiblingen statt. Mehr als 25 000 Arbeiter nahmen daran teil. 108 rote Fahnen wurden im Zuge getragen. Trotz strömenden Regens waren schon am frühen Morgen Tausende von Arbeitern auf dem Heiligengeistfeld versammelt. Viele Delegationen aus Hannover, Braunschweig, Halle, Berlin usw. waren erschienen. Mittags formierte sich ein riesiger Demonstrationzug und zog durch die Straßen. In den Arbeitervierteln waren überall an den Fenstern rote Fahnen zu sehen und Girlanden mit den Bildern von Thälmann waren über die Straßen gezogen. Im Stadtteil stand eine Massenversammlung statt, bei der Thälmann und ein chinesischer Genosse sprachen. Auch die Besatzung der russischen Sonderdampfer „Förschmit“ und „Leningrad“, die zurzeit im Hamburger Hafen liegen, nahm an der Versammlung teil. Einer dieser Genossen betrat die Rednertribüne mit stürmischen Beifall der Versammelten und begeisterte wurde die internationale Brüderlichkeit und Solidarität zwischen Thälmann, dem Chinesen und dem russischen Genossen aufgenommen.

Roter Tag in Weihenstephan

Weihenstephan, 22. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) In Weihenstephan wurde ein machtvoller Roter Frontkämpfer-Tag abgehalten. Viele Delegationen aus auswärtigen waren eingetroffen. Zum Demonstrationstag versammelten sich mehrere Tausend Arbeiter und Arbeitnehmer. 25 rote Fahnen wurden im Zuge mitgeführt.

Romintern und RÖZ. an die 2. Internationale und Amsterdam

Eine gemeinsame Sitzung für China.

(Draproze.) Moskau, den 17. Juni 1925. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale und das Botschaftsbureau des Roten Gewerkschaftsinternationals richten an das Exekutivkomitee der 2. Internationale und an das Zentralbureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes folgendes Telegramm:

„Die Ereignisse in China nehmen einen immer gewaltigeren Charakter an. Die chinesischen Arbeiterschaften haben in zahlreichen Telegrammen alle Arbeiterorganisationen der Welt, ohne Unterschied, um Hilfe angefleht. Ungeachtet aller zwischen euch und uns bestehenden Gegenseitigkeit halten wir es für unsere Pflicht, in diesem Augenblick an euch den Vorschlag zu richten, die moralische und materielle Hilfe für die chinesischen Arbeiter gemeinsam zu organisieren.“

Unter den Massenbewußten Arbeitern kann nur ein Urteil über die gravamen Gewalttaten, die gegenwärtig an den chinesischen Arbeitern und Studenten, an dem gesamten chinesischen Volk durch das Militär der imperialistischen Mächte verübt

werden, bestehen. Der räuberische Charakter der imperialistischen Aktion in China unterliegt keinem Zweifel. Es ist die elementarste Pflicht der europäischen und amerikanischen Arbeiter, ohne Unterschied der Richtungen, dem chinesischen Volke rasch wie nur möglich zu Hilfe zu kommen.“

Wir schlagen euch vor, gemeinsam mit uns Meetings und Geldsammlungen zugunsten der streitenden chinesischen Arbeiter und der Familien der getöteten und verwundeten Chinesen zu organisieren. Es kommt auf eine dauernde Hilfe an. Wir schlagen ebenfalls vor,

eine internationale Konferenz einzuberufen zur ausführlichen Beratung der Frage über andere Formen der Hilfe für das chinesische Volk.“

In Abstraktions des dringenden Charakters der Angelegenheit ersuchen wir um sofortige Druckschrift.“

Das Exekutivkomitee der RZ. ges. Rundsch.

Das Botschaftsbureau der RÖZ. ges. Rundsch.

Die IAS an die Amsterdamer

Die IAS hat am 18. Juni folgendes Telegramm an den Amsterdamer Gewerkschaftsbund gerichtet:

„Hunderttausende chinesische hungrige und streitende Arbeiter rufen dringend um Hilfe und proletarische Solidarität. Engländer Gewerkschaften haben bereits volles Einverständnis und völlige Solidarität mit Streitenden verheißen. Russische Arbeiter und Gewerkschaften nahmen Summen gezeichnet. Unterzeichnetes Exekutivkomitee alle seine Komitees und Organisationen zu sofortiger Aufnahme Hilfsaktion verpflichtet. Erste Summe überwiesen. Spülungsaktion Shanghai aufgenommen.“

Exekutivkomitee wendet sich an Internationalen Gewerkschaftsbund mit Antrag. Aktion zur Hilfe chinesischer streitender Arbeiter gemeinsam eventuell durch partitäre gebildete Kommission zu führen. Sind bereit zu gewünschten Verhandlungen nach dort Vertreter zu senden oder Vertreter von euch hier zu erwarten.“

Exekutivkomitee Internationale Arbeiterhilfe Münzenberg, Berlin. Unter den Linden 11.

Einheitsfront der Arbeiter gegen Zoll- und Steuerwucher

Berlin, 22. Juni. (Eig. Drahtmeldung.) Die aus Kommunisten, Sozialdemokraten und Parteilosen bestehenden Massenvertreter der Werke Osram, Daimler-Motoren-Gesellschaft, Mercedes, Bomaq-Meguin und Maschinenbau-Gesellschaft Adelsheim wenden sich in einem gemeinsamen Aufruf gegen die Zölle und Steuern der Luther-Regierung und fordern die Gewerkschaftschaft überall zu Bettbewerksammlungen auf, laden dazu die Vertreter des ADGB, der KPD und SPD ein und erinnern an das Wort von Karl Liebknecht, daß keine Regierung gegen den Willen des ADGB auch nur 24 Stunden bestehen könne.

Folgt dem Beispiel der Berliner Arbeiter. Bildet die Einheitsfront gegen die Wucherer.

Der heute abgedruckte Aufruf der Zentrale ist in den Betrieben usw. anzuhören! ausschneiden! An sieben

Kommunistenheile der Linken

Paul Levi neuer Erguß.

Paul Levi beobachtigt sich in den Blättern der linken Linken mit der Tatsat der Basis der KPD. Als Einleitung erzählt er ältere Geschichten aus dem Jahrmarkt. Nun, wir können aber gewiß nichts dazu, daß Paul Levi einmal ein Kind ein Etat legen kann. Was er zur Tatsat sagt: „Es gibt keine monarchistische Fahrt, die KPD kommt zu spät, die KPD wird opportunistisch, die Sammlung der revolutionären Kräfte ist durch die KPD aufgegeben, das macht jetzt die — SPD. Über Paul Levi's Artikel können wirlich die Hühner.“

Die Pleite wird eingestanden

Die Pfeife vom Preisrückgang

(Bericht von der Landespreisprüfungsstelle)

Da Zeugnisse nichts mehr hilft, muß auch die Landespreisprüfungsstelle die katastrophale Lage der Preisbewegung eingestehen. Natürlich berichtet sie in leicht verschämter Form. Witz entnehmen dem Bericht nur ein paar wichtige Zitate.

Die seit drei Monaten aufzutretende Tendenz allgemeinen Preisrückgangs hat in den letzten Wochen eine Unterbrechung erfahren. Die australische Großhandelskonzern ist weit genauer als der Stand des 25. April gleich 1925 am 10. Juni gleich 1926 eine Steigerung um 2,0 Prozent auf. Berufsbericht ist der



(The New Leader)

Das „Recht auf Arbeit“.

Die Kinderarbeit in Shanghai.

Kapitalist (zu einem chinesischen Streitenden): Jawohl, ich werde das

Recht dieses Kindes auf Arbeit verteidigen, sogar bis zum Tod

— zu seinem Tod natürlich.

Anstieg durch das Ansteigen der Lebensmittelpreise, die um 18 Prozent gestiegen sind, während die Industrieprodukte im Preise beibehalten. Gehoben sind vor allem Weizen, Mehl, Hafer, Kartoffeln, Aletris, Schmalz, Butter.

Aber wird offen eingestanden, daß all das, was die breiten Massen für den Lebensunterhalt brauchen, im Preise ungeheuer gestiegen ist. Was gibt nun die Landespreisprüfungsstelle als Grund dieser Aufwärtsbewegung an? Zur Getreide und Mehl stellt sie, seien internationale Einflüsse maßgebend gewesen. Zur Erhöhung der Fleischpreise sei eine Auswirkung der Zollvorlage bereits zu optimieren. Hier zeigt sich das ganze Verbrechen der Annahme der Zollvorlage, die die Ausbeutung und Aushungerung des deutschen werktätigen Volkes in der niedrigste Stellung“ Nr. 123 gibt das ganz offen zu.

Aber auch noch einen anderen Grund hat die enorme Aufwärtsbewegung der Fleischpreise, nämlich die Erweiterung der Schlachtkette auf die Einheit von Fleisch und Fleisch. Der Landwirtschaft soll durch die Zölle geholfen werden. Steigerung der Preise für ihre Produkte wird die Folge sein. Schon die bloße Aufzägung der Zölle und die Auswirkung auf die Viehwirtschaft der Schlachtkette hat unverkennbar die Fleischpreise gestiegen; wobei nicht unverkennbar bleibt, daß jeder sozialistisch denkende Landwirt sein Fleisch, für das er arbeitet, in absehbarer Zeit höhere Preise zu erzielen, versuchten wird, was ebenfalls eine weitere Preisssteigerung zur Folge hätte.“

Weiter flüstert der Bericht natürlich eine Erhöhung der Reichsstaatskasse der Lebensmittelproduktionen an. Natürlich kann er sich jetzt schon eine genaue Angabe machen, über der aller Wohlfahrtsaufwand nach gelegte. Allerdings, irgendwoher Preissteigerungen am 1. Januar der Arbeitslohn zu ziehen, ist leicht für die Preissteigerungsspitze unerlässlich, denn sie berichtet natürlich ebenfalls wieder etwas anders über die katastrophale Entwicklung der Arbeiterschaft.

Die Röntgen zeigen die Röntgen eine Steigerung um 3 Prozent für Getreide und um 2,1 Prozent für Ungehörige auf. Doch gilt dies vornehmlich für die Konkurrenzproduktionsfirmen Bergbau, Bau und Holzgewerbe, Metallindustrie; die Verbrauchsindustrien (Textilindustrie, Baumwollgewerbe), erhalten nur teilweise am 1. Januar Zollabschöpfung.

Neben die Außenhandelsbilanz berichtet sie traurigem Augen.

Die Außenhandelsbilanz ist im April kaum verändert, das Defizit beträgt 207 Mill. RPR gegen 205 Mill. im Februar. Die Einfuhr nahm um 30 Mill. die Ausfuhr um 18 Mill. ab.

Wenn sie dann die Ausfuhr der Abholtrate schätzen müssen, und dann in gerade möglichster Form schreiben.

„Eine Belebung der Konsumturg wird wohl nur von den Wiederbeginn der austroasiatischen Kriegs zu erkennen sein, für den Anzeichen vielleicht zu erkennen sind.“

in muss man ihnen erläutern, daß unter führenden Wirtschaftspolitiker entweder unglaublich naive Menschen oder niedrigste, erbärmliche Männer sind.

Tiefe kurze Autorenentstellung der katastrophalen Eingeland, nahe der Verantwortlichen der deutschen Wirtschaft zeigen, daß die von ihnen behaupteten, verippten und lächerlich gemachten Kommunisten politisch Recht behalten haben. So wie sie politisch die Entwicklung der Dinge in Deutschland an Hand der vorhandenen Voraussetzungen „wieslagen“, haben sie auch die tatsächlichen Anstände die Ausweglosigkeit der deutschen Imperialistischen Wirtschaft gezeigt. Während vor Annahme des Dawes-Patentes noch viele Kreise der Arbeiter Unionen hielten, drohen diese unter den wütigen Schlägen der Taxischen allmählich zusammen. Und mit dem Zusammenbrechen der Illusionen muß der Kampfeswillen der deutschen Arbeiter wachsen, muß sich in den Arbeiterhirnen der Gedanke festigen:

Der schamlose Ausbeutung und der brutalen Unterdrückung der werktätigen Massen kann nur ein Ende gelten werden durch erzwungene Löhne, wirtschaftlichen und politischen Kampf um die Macht.

Metallarbeiterstreik in Belgien

Brüssel, 21. Juni. Nach einer Meldung des "Soir" hat ein außerordentlicher Kongress der Metallarbeiter heute einstimmig eine Einschließung angenommen, daß die Arbeiter in den Fabriken, in denen eine Lohnherabsetzung um 5 Prozent eintreten soll, am 1. Juli die Arbeit niedergelegen würden.

13 neue Todesurteile in Bulgarien

WTB Sofia, 20. Juni. Der Prozeß gegen die Kommunisten vor dem Kriegsgericht in Plewens ist beendet. Der Staatsanwalt beantragte Todesstrafe gegen zehn Kommunistenführer in dem nordbulgarischen Revolutionsgebiet.

(TU) Sofia, 20. Juni. Vor dem Kriegsgericht in Plewna wurden drei Angeklagte zum Tode durch den Strang, 16 Angeklagte zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Von den zum Tode verurteilten drei Angeklagten sind zwei flüchtig. 12 Angeklagte wurden freigesprochen.

Dresden

"Sächsische Guldur" unter schwarz-weiß-roter Flagge

Der Dresdner Sozialer hatte gestern seinen großen Tag. Auf Rollen der Gewerkschaften und Beamten hat das Bürgertum eine leidenschaftliche Demonstration durchgeführt. Wenn nicht von kommunistischen und sozialdemokratischen Gewerkschaften, die schwatzrat-gelobte Zusage aufzuziegen gewollt wäre, so wäre selbst dem außermoralischen Verhalten nicht klar geworden, daß dieses Ziel auch die "Republik" mit teerte. Die Angestellten des Kultusministeriums blätterten zum sieben fünten von den Blättern der Spiekerwohnungen und -abteilungswirtschaften und kauften. Nach dem Zontakt hätte man gleichzeitig lächeln sollen, daß die Anteilnahme der Dresden-Bewohner großer gewesen wäre. Aber auch die Taugende, die diesem niederradikalen Sammel-Bergringen jähren, gern schon, um jedem Arbeiter die Augen zu öffnen über die milde Gestalt dieses "Republik". Bei den Gewerkschaften woben Alogen natürlich Geschäftsspiringen. Sicht-Begehrung boten der Schauspieler eines Käfigeangelabsatzes an der Kettensäge, der missliche Fahne die lästigen Vorbeschaffungen, die rechte Fahne die Fahne des Kaiserreichs und die falsche Fahne die Fahne der Republik" trägt. Und daß man sogar die Angestellten ehrbarer Branchen gespannt hält, kann kaum diesem als "so optisch, wie ein beispielhafter Bildschirm dieses "Volks". Und der "Kulturkurator"? Der großartige Herr Festus war vielleicht das "Kunstlinnes" eines Kult-Wilhelms" aus. Diese grünenden Sicherheitskräfte, die ironisierend den Kultus betrachteten, ließen sich aber bestimmt über eine Tasse Kaffee stummsetzen Bourgeoisie, ja man lieber marxierten, geschmückt wie Prinzessinnenkämpfer wie einer altrömischen Opferfeier, die man zur Hochzeit feierten, aber liegt der Kern der Sache. Die "Führung" läuft neutralen, fächerlichen Masken Proleten die Almosen ziehen, die die deutsche Bourgeoisie nötigt ist, um ihre Chancenprinzipien durchzuführen. Man will "Volk" den "ZB" herauftauchen mit fliegendem Spiegle und aben, und dann?

Kriegt sie los? "Es braut ein Rot wie Donner, heißt im Lied der Aufführung von Deuten, die hinter dem Rücken des ZB das Kaiserkonzept haben, werden "national" verdeckt. Wahnsinn 1914! Und nachts? Wozu hat es einen sozialdemokratischen Innenminister, als daß nicht auf so leichten Beigaben" Sauberkeit gewahrt wird? Solche Gewissensärgerlosen beweisen, daß was das Kennzeichnet, waren Sachen sind in Dresden.

Die Arbeiter müssten irreführungen Müssen die Augen offen vor die wohnt-eigene Gründung des Käfigs? Gegen kommunistischen Kampf des Sängerkreises muß am 2. August der Selbstbewußt-Arbeitskampf ausmarschiert werden, die imperialistischen Kriegsbefreiungen der Bourgeoisie für die Ausrichtung der Herrschaft der Kräfte!

Arbeiter-Mandolinisten verunglückt! 85 Verlehrte unter 10 schwer

darunter viele Genossen.

In der Nähe von Neustadt wurde gestern ein Polizei mit Anhänger, das a Dresden Arbeiter-Mandolinisten, darunter vielen Parteigenen aus Friedrichstadt, besetzt war, in die Wohnung. Erlegt wurden 85 Personen, davon 10 schwer. Wir berichten darüber noch ausführlich.

Eine Firma von Au

Zum Industriegebäude der Alberthof befindet sich eine große Fabrik und wenn nicht Brüder Au. Diese Firma hat in zwei Sälen arbeiten und nach es zu habsche Gewinne bringen kann die Arbeit alle 10 Stunden schwatzen. Was soll das nun für Arbeit? Es werden je Schicht 10 Mann benötigt im "vergleichsreichen" Alter von 18 bis 15 Jahren. ZB-Bordeller ist sogar c. 10 Jahre alt. Aus diesen Leuten wird es keine genügend beträchtliche Summen, denn fragt nicht jeder Zeitung. Das Einzelnen beweist es in um 20 St. Beram. Bildet es es nicht eine Überheblichkeit, die mal nachdrücken kann? Darauf ist natürlich niemand, denn auch immer eine Lage auftreten, denn sonst bringt die Entlastung? Es bedarf an die dem Arbeiter keinen Schaden einzufügen. Es ist dann logischer, daß eben keiner auf im trauten, wie einer Euer sagen und Söhnen wird nichts Betriebsarbeiter nicht geschlossen gegen die

Der Kampf um die Recht der Feuerbestattung

(Ein Bericht eines sozialistischen Friedenter.)

Es interessiert mich, daß sich in den letzten Jahren der Friedhof der Feuerbestattung mehr gebrochen, trotz aller Hemmungen und Verbotenheiten, die ihm von seinen immer noch mächtigen Vertretern in den Weg gestellt werden.

In einer gesellschaftlichen Verwaltungsentwicklung befinden sich die Menschen, die er Propagierung dieses Gedankens verjagen. Nun werden Menschen zahlen dienen, die jetzt der Zukunft der Feuerbestattung sind, und immer gewaltiger wird der Verein der Arbeiter für Feuerbestattung (F.A. Berlin, ehemals im ersten Quartal 1925 über 15 000 Eintritte zu verzeichnen.)

Ein bedeutender sozialer Bewegung ist es, daß es Träger des Gedankens aufgekommen seien und die Bewegung auf ihre Rechte hinachten. Der Grund für diese Erziehung liegt darin, daß die Zeiten, die als Triebkraft des Kampfes für die Feuerbestattung wirken, nicht nur auf christlich und katholisch Gebunden, sondern in beträchtlichem Maße jüdisch und sozialdemokratisch Natur sind. Der Kampf um die Feuerbestattung ist in einer Zeiterinnerung des proletarischen Klassenkampfes geworden, und gerade hierin liegt die hervorragende Bedeutung und Wirklichkeit, hiermit sind auch die Rätsel des Erfolges gelöst.

Der Verein der Arbeiter für Feuerbestattung ist eine proletarische Organisation. Sie hat eine getrennte Ziele, kann nur einen lebendigen Inhalt haben, wenn unterste Klasse, die die beherrschenden Gewalten führen

für sie auftreten. Schafft es die Möglichkeit, nur mutig selbst, dann werden sie einer Zucht abschaffen können. Es steht in die Organisation einzutreten und dort kämpfen lernen. Diese Aufgabe steht nur den Arbeitern der Firma von Au.

Warum Jung-Spartakus-Bund?

Niemals gleichzeitig heißt man heute noch in Vereinigungen und in der Jugend dem ZB gegenüber. Man empfindet den kommunistischen Eltern zusammengehörig, um nicht zu viel mit bürgerlichen Kindern in Beziehung zu kommen. Unterhaltung, Spiel und Tanz fallen ihr Zusammenkunft aus. Ware es an dem, in werden wir uns abstimmen und bleiben eine Seite, der ZB, wäre eine Unvereinbarkeit. Wir könnten untere Kinder dazu ganz gut aus in den Kindergarten, in Spielkabinen um. Söder, das wäre genau so stellen. Auf der anderen Seite behauptet man wieder, kein Kind nicht mit Politik vollgetragen zu lassen, weil es wichtige Überbaus und nicht leicht die kleinen Genossen vertrieben aber noch nicht das ungeheure Interesse des proletarischen Kindes für seine nämliche Umgebung und noch möchten deshalb an dem Kern dieser Frage weit vorher, ob sich ein Kind wenig Nähe zu geben, die näher zu kommen.

Was will nun der ZB?

1. Zusammenführung aller proletarischen Kinder von 10 Jahren aufwärts.
2. Die jeweilige wirtschaftliche und politische Lage bestimmt das Willen, in dem das Arbeitertum heute ist. Deshalb ist es bringende Notwendigkeit, zusammen zu zeigen, wie die Freunde des Proletariats sind. Das proletarische Kind wird dann auch bald verstehen, was seine Interessenvertretung sind, und kann bestimmt eine Anziehung an die KP und KJZ suchen.
3. Den größten Widerprüchen, Streiken und industriellen Konflikten und Schulen ist das Kind in der Schule ausgesetzt. Hier ist der Ort, wo man verläuft, ein militärisches Instrument für den kapitalistischen Staat zu formen. Demzufolge wird nun hier die intensive Arbeit des ZB beginnen, Enges Zusammenarbeiten mit den Elternverbänden und kommunistischen Verbänden ist außerordentlich notwendig. Desgleichen eine laufende Tischpredigt aller Schulärzte, sowie gleichzeitig die Anregung unserer Anhänger, damit die Kinder erfolgreich unterwegs Seine in der Schule breittragen können.

Wenn wir von kleiner Seite aus den ZB betroffen, so werden wir auch eine Notwendigkeit innerhalb der proletarischen Bewegung einleben, denn es handelt sich nicht darum, Kinderarbeiter zu erschrecken, sondern funktionieren für die kommunistische

200 Mark

wurden durch die Betriebssiehe Seidel und Haumann als Teilergebnis der Sammlung für die "Rote Hilfe" der Bevölkerung überwiesen. Genossen sammeln für die

,Rote Hilfe"

Bewegung beizutreten, die mit wirtschaftlich Ernst an die an uns gestellten Aufgaben einmal herantreten werden und auch in der Lage sind, dieselben zu erfüllen.

Genossen, eure Eile ist es nun, zu werben und zu agitieren für den Jung-Spartakus-Bund, damit überall in Ostdeutschland neue Gruppen ins Leben gerufen werden und ein wirklicher Kinderarbeiterverband entsteht — uns zum Zweck und den Spiegeln zum Schutz.

E. P.

Kommunistische Gewerkschaftszerstörer?

Wir veröffentlichen nachstehend ein Schreiben des ZD, das untere Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung anstrebt. Entnahmen der Gewerkschaften des ZD.

Dresden, den 20. Juni 1925.

An die Redaktion der "Arbeiterstimme".

Dresden: A. Güterbahnhofstraße 2.

Für die anlässlich unserer Protestdeklaration gebrachten Artikel danken wir Ihnen verbindlich. Sie haben dadurch die Bewegung der Angehörigen des Einzelhandels gegen die bedrohliche Arbeitszeitverkürzung wesentlich geholfen.

Hochachtungsvoll

Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Dresden

A. Haunisch

Und nun müssen wir dem Kollegen Haunisch und der Mittelstand des ZD mitteilen, daß der Redakteur, der die Untersuchung des ZD, sowohl in diesem Ratte, also auch im Falle der Atomogenenmineralabförderungen durchgeführt hat, bestrebt ist, dessen erfolgte Nutznahme in den ZD rückgängig gemacht werden mit der Begründung, der Kollege ist Kommunist, deshalb muß er auf Grund seines Programms gewerkschaftszerstörend Arbeit leisten!

Stellt sich die Tatsat der Gewerkschaftsbewegung nicht dem arbeiterfreindlichen Verhalten der Konsumwarenhersteller an die Seite?

ZD-Mitglieder, leid ich mit einer solchen Stellungnahme einverstanden?

Eine von Arbeitern gehaltene Organisation — möglicke sozialistische, wirtschaftliche, sozialen oder politischen Zwecken dienen. Ist ohne Wert für die Arbeiter, wenn sie nicht in Kampfstellung gegen die Reaktion steht?

Zweck und Ziel einer Organisation für die Feuerbestattung ist es, in erster Linie die Hemmungen zu beseitigen, die der Einführung der obligatorischen Feuerbestattung durch den Staat im Wege stehen. Hier ist es besonders die Kirche, deren Einfluss noch sehr mächtig ist und deren Widerstand zu brechen unterste Erne und katholische Aufgabe besteht.

Zweck und Ziel einer proletarischen Organisation für Feuerbestattung ist weiter, den ausbeuterischen Tendenzen entgegenzutreten, die Kirche, Kirche und Kapitalismus in trauriger und wirtschaftlicher Dreiecksbeziehung zu stehen, indem sie sich das Monopol der Beerdigung erhält, um ihrer Profitgier auch hierbei noch genügen zu können.

Es doch den Schöpfern durch die beobachtenden gesellschaftlichen Beobachter Spitzenausrüstung hinsichtlich der Förderung der Gedanken gelassen, der Bewegung durch die Schöpfer selbst Zutritt und Zur geöffnet. Man hält es kaum für möglich, wenn man hört, daß die Kirche bei der Beisetzung Anderer verdient auf ihrem Kirchhof 5 Preise auf die jahr an und für 500 hohen Bestattungsosten aufschlägt! Diesen Tendenzen entgegenzuwirken, ist die Aufgabe der proletarischen Feuerbestattungsbewegung.

Der Kampf geht um geistige Güter, indem aus den Hirnen und Herzen gelenkter und gedrückter Menschen der Rebellenkampf ausgetrieben wird, den Jahrhundertealte Wollfendemagogie um sie gezogen hat, um sie weiter im Einholen und Demut zu erhalten, in Ruh und Atemlos einer herrschenden Kasse, deren kulturelles Fundament die geistige Blindeheit eines Volkes ist. Hier steht man die Ideengleichheit der Feinde des arbeitenden Volkes am besten, Kirche wie Kapitalismus brauchen eine dumme Masse, um sie leichter anzuwerken.

Um diese geistige blinden Seelen unserer Klassengenossen haben wir zu kämpfen, sie zu erfüllen mit der Erkenntnis unseres geistlichen Werdens, in ihnen hinzulegen das Bewußtsein ihres Wertes als Mensch.

Um das Schulaufsichtsgesetz

Die soziale Regierung hat bekanntlich vor einiger Zeit dem Landtag eine Vorlage über ein Schulaufsichtsgesetz zur Bekämpfung der Volksschulen angehen lassen. Es sind der Regierung indessen Schwierigkeiten erwachsen, weil der demokratische Kongress, der bekannte Güter im "Sächsischen Lehrerbund", Dr. Senftel, den Regierungsbemühungen Widerstand entgegengesetzt. Doch wird man schon Mittel und Wege finden, um den Widerstand zu überwinden oder ihn so leicht wie möglich zu machen, denn die Teilung kommt in einer Melbung hierüber.

Es wird aber in unterschiedlichen Kreisen nicht angeommen, daß es der demokratischen Partei erwünscht ist, die demokratische Schulpolitik in den Mittelpunkt der sächsischen Landtagskämpfe rücken zu lassen, was bei einem endgültigen Zusammentreffen des Schulemesters die unvermeidliche Folge wäre.

Der Weg der Demokratie wird also über Herrn Senftel gehen. Und die 25 Reichstags werden ebenso über ihre Genossen im "Sächsischen Lehrerbund" mit den Bürgerleuten marschieren.

Abgeblitzt, Herr Kaiser

Wir brachten am 11. April einen Artikel aus dem "Kämpfer" über das neue Schulaufsichtsgesetz vom 30. März zum Abdruck. Das sächsische Ministerium für Volksschule landete nun auf diesen Artikel folgende Verjährigung:

In Nr. 99 vom 30. April 1925 des "Kämpfer" wird von M. Uhlig in einem Aufsatz über das neue Schulaufsichtsgesetz gekennzeichnet, behauptet: "Mit außerordentlicher Härte wird die teiligeistige Zahl der Klassenärte durchgesetzt. Durchende von Lehrern müssen gehen." Das Gegenteil ist Wahrheit. Entsprechend dem Beschluss des Landtages vom 20. März 1924 wurden Lehrer 1925 zur Teilung von Klassen, also zur Herauslösung der Klassenärte, zur Erhöhung der Klassenwochenstunden, zur allmählichen Verringung der Unterrichtsstunden der Lehrer auf die Zahl vor dem Abbau und zur Erhöhung der Administrationsstunden für Schulleitung und Schulerverwaltung und 100 Lehrer, die durch den Aufgang des Schulerzahls an sich frei geworden waren, entweder den Schulbezirk verlassen oder — zweitens — vorhandene Unterrichtsräume zuweisen — in andere Schulbezirke in gleicher Zweck setzt. Außerdem sind von etwa 600 Schulbeamtenwarten des Jahres 1924 mit voller zeitweiser Belastung zur Bereitstellung von Lehrerstunden rund 400 eingeteilt worden. Das damit verbundene ein Schulaufsichtsgesetz mit dem Abbau des Volksschulwesens und viel zum Schaden der Schule gebracht werden, auch nach dem Votum einleuchtet."

Wir bemerken dazu folgendes:

Obwohl 200 junge Lehrer in Sachsen keine Stelle haben, obwohl an die 30 000 Lehrer in Deutschland stellunglos sind (siehe Reichstagbericht), angestanden haben, aber mindestens 30 000—35 000, in die gleichmäßige Klassenstundenzahl noch nicht durchgeführt, wurden für die ganze Schulgemeinde die Stundenzahlen so weitgehend ausgerechnet, daß Lehrer zwischen zwei Schulen pendeln müssen. Damit ja keine Klasse „aufliegt“ wurde, wurde die Zahl der Lehrkräfte auf Bruchteile ausgerechnet (teilweise Verdopplung), dabei gibt es Lehrerstunden. Wir überlassen das Urteil dem Leser.

Man kann es so zu verstehen: Soll, so viel haben wir getan! Ich hätte nicht nur mehr tun können, sondern vielmehr tun müssen, das ist die berufliche Pflicht der Armen.

Das sagen immer die Reichen: Man kann aber auch so lagern: Ich hätte nicht nur mehr tun können, sondern viel mehr tun müssen, das ist die berufliche Pflicht der Armen.

Der bedeutigste Polizeipräsident. Wie wir hören, hat das Ministerium des Innern Strafanzeige gegen den Gen. Schrapel wegen Beamtenbeleidigung eröffnet. Sch. hatte im öffentlichen Stadtverordnetenamt gegen die SPD als reaktionäre Kämpferei, um abzubauen. Sch. erklärte diese Abgebauten als Vertreter der Konservativpolitik als reaktionär und nahm dabei Bezug auf das Ballgespräch des Polizeipräsidenten Rühm. Obwohl es sich um eine rein politische Polemik gegen die SPD als Partei handelt, wie auch Vorsteher Amtsgericht (SPD) betonte, der deshalb keinen Ordnungszustand für angegangen hielt, staubt man aus der Rede eine Verleidungslage zusammen. Uns interessiert an der Sache eigentlich am meisten, woher denn die gutbezahlten Beamten des Herrn Rühm die Zeit für solche "Aktionen" nehmen. Rühm war ja wohl Herr Rühm überzeugter Befürworter der bürgerlichen Gerichte. Ja, fühl und fecht!

Neues vom Dresdner Seiden. In einer neuzeitlichen Sitzung des Dresdner Seidenausschusses beschloß man, für den Monat Juni noch einige Sonderabende zu veranstalten, und zwar am 27. Juni einen Schabern-Abend unter Mitwirkung von Kammermusiker Orlitz des Biologen Theodor Blumer und des Dresdner Streichquartetts. Am Mittwoch, den 24. Juni, liest Willi Seipe (Seifen) aus seinen Dichtungen. Am 26. Juni findet ein Koffer-Abend statt mit einleitendem Vortrag von Dr. Heinz Sommermann, Riedern zur Geschichte von Helga Petri und Vorträgen von Albert Wills vom Neuköllner Schauspielhaus. Für Juli werden schon fest in Aussicht genommen; am 3. Juli ein Richard-Strauß-Abend und für den 5. Juli ein Abend "August der Stute", an dem Geheimrat Garritt aus seiner Biographie "August der Stute" vorlesen wird und Heinrich Jerschau aus seinem wertvollen Roman "Aerien im Wind".

Wem wie Ettore, Erkenntnis- und Holze, Schriftbeweisteine, hingetragen in die große Woge unseres Volkes, das heißt die Waffe zu schwingen, die der Klassenherrschaft und ihren Repräsentanten den Todestod verheißen wird.

Die Bewegung ist ein Kampf um legitime Interessen! Wir erstreben die Bekämpfung einer Verhaftungsform, die vollkommen veraltet ist, die jeder sozialwirtschaftlichen, sozialen und sozialen Elementarforderung widerstehen. Wir bekämpfen die Ungerechtigkeit, die dadurch ausgetragen wird, daß noch aus dem Tode eines Menschen Kapital geplündert wird, noch aus der Beleidigung der herbstlichen Nebenstellen Brüder herausgewirtschaftet werden.

Arbeiter und Arbeiterin kann sich der futuristische Geist der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gar nicht kennzeichnen, als darin, daß man die Bekämpfung eines Verstoßes, eine dem menschlichen Schattungstrichter entnommene Notwendigkeit, zu einer goldenen Einladungsquelle gestaltet!

Eine Gesellschaftsordnung, die zur Norm erhebt, was widersätzlich und unmöglich ist, kennzeichnet nicht nur sich selbst, sondern auch die religiösen Güller, auf die sie hört.

Wir fordern, daß der Staat die ihm obliegende Pflicht übernimmt, die Beisetzung seines Toten völlig kostenlos und in nächster Form, das heißt durch Feuer, zu vollziehen.

Pflicht eines jeden Proletäters ist es, an der Vermittlung dieser unsterblichen Ziele und Aufgaben mitfröhlig mitzuwirken, zum Wohle der gesamten Menschheit, zum Wohle der arbeitenden Klasse insbesondere!

Zunahme der Luftverkehrsstrecken. Im Monat Mai erreichte der über Dresden führende Luftverkehr, der bekanntlich April durch die Verlängerung der Strecke Dresden-Berlin bis Kopenhagen und durch die Errichtung der Strecke Oberleichter-Dresden-Luftpost eine erhebliche Ausdehnung erfahren hatte, die bisherige Höchststrecke: es wurden 181 Flugreisen befördert. Seit Mitte Juni ist die Strecke Dresden-Berlin-Kopenhagen bis Malmö

WIRKSACHSEN

Pirna. (Sitzung der Stadtverordneten.) In der letzten Sitzung der Stadtverordneten in Pirna nahm das Kollegium zu einer Vorlage betr. Errichtung von Heldendenkmalen, nach deren Verwirklichung es nunmehr in Pirna deren Ort geben wird, Stellung. Nach dieser vom Rat beschlossenen Vorlage mügte man annehmen, in Pirna würde ganz besonders in das Wohl des Opfer des im Weltkrieg zulammengeschossenen Proleten gejagt. Genosse Rädel nahm als Redner der Fraktion der KPD zu diesen gemeingefährlichen Methoden der Bürger, haben, aus den bedauernswerten Opfern des Weltkriegs ein bürgerlich-nationalistisches Gesicht zu machen, in treffenden Worten Stellung. Alle solche Dinge bedeuten für die Opfer des Krieges Stein statt Brot. Mit dem Tode dieser hingerordneten Proleten verlustet man, durch solche Mittel die nationalistischen Leidenschaften aufzupolieren, den Krieg gegen Sovjetrussland ideologisch vorzubereiten. Genosse Rädel rief diesen Deutlern die Macht vom Gesicht und sagte ihnen, daß, wenn es ihnen wirklich darum zu tun wäre, die Toten zu ehren, dann sollte man dafür sorgen, daß den Angehörigen der Opfer soviel gegeben würde, damit sie ein menschenwürdiges Dasein führen könnten. Die kommunistische Fraktion stellte deshalb folgende Anträge, die vom Genossen Rädel begründet wurden:

- Den Denkmalausschüssen im gesamten Stadtbezirk wird vorgeschlagen, sämtliche verfügbaren und noch zu sammelnden Gelder für Denkmäler werden zu einem gemeinsamen Unterstützungs fond vereinigt.
- B) Von allen Gefallenen werden die in wirtschaftlicher Not befindlichen Angehörigen, wie Kriegerwitwen, Kriegermaiden und der durch den Krieg verlorengegangenen einzigen Stütze der Eltern regelmäßig und ausreichend aus diesem Fonds unterstellt.
- c) Wird von den Denkmalausschüssen zu a) und b) bestreitet, dann werden für diese zu bildenden Unterstützungsfond (oder Kriegerwahrungsfond) als Grundstock 2000 Mark aus der Verfügungsumme der Stadtverordneten aus dem Haushaltplan entnommen.

Selbst der bürgerliche Vertreter der Kriegsbeschädigten protestierte im Auftrag der Kriegsopfer gegen die Errichtung dieser Steinhausen. Die Kriegsopfer betrachten den Denkmalsrummel als einen Hohn, solange niemand ihr Elend bejähigt. Seine Ausführungen zeigten an der Hand von Schilderungen das wirkliche Elend und welcher Standart mit diesem Rummel verdeckt werden soll. Pirna steht an der Spitze der Städte, die am wenigsten für die Opfer des Krieges übrig haben.

Die Rechte hatte für alles dies geschildertes Elend nur ein Lächeln und ein paar faule Worte übrig und beschloß die Errichtung dieser Steinhausen.

Bei der Hospital, wie Rubeorodung ging Genosse Rädel sehr sachlich, aber idhart mit dem Rat und den Rechten ins Gericht. Beide Vorlagen erinnern den Geist der Rücksichtlosigkeit. Bei dieser Gelegenheit kam selbst der Frau Scherf (SPD) ein lichter Moment, sie erklärte, nicht mehr unterscheiden zu können, ob die Verrotteten in Pirna unten oder oben seien. Von der nationalen Mehrheit wird alles abgelehnt, was im Interesse der Arbeiter liegt.

Ein Beweis für die Arbeiterfreundlichkeit der Pirnaer Polizei, deren Rat die SPD bei der Budgetberatung bewilligte, gab Herr Hetsch (SPD), indem er die Vorgänge skilderte, die wir bereits unter "Pflichtschlacht auf der Schulgasse" unterrichten berichteten. Er fragte den Rat, was er zu tun gedenke, um das Publikum vor solchen "Helden" zu hüten. Genosse Rädel beschäftigte sich noch besonders mit unserem Polizeiwesen und stellte fest, daß es bereits landesbekannt sei, daß in Pirna auf der Polizei geprügelt werde wie in Afrika unter Peters Regime. Von der angeblichen Qualität der bietigen Polizei, die die SPD bewogen hat, den Rat zu bewilligen, sei noch nie etwas zu hören gewesen. Im übrigen müsse alles bestmöglich werden, was wir bereits schriftlich haben. Der Rat antwortete mit einigen nichtslagenden Phrasen und diese Prügelhelden bleiben weiterhin der Schutz der bürgerlichen Gesellschaft und der Schrecken der Arbeiter Pirnas.

Eine Anfrage des Genossen Schmitz wurde beantwortet, ohne auf den Kern der Sache einzugehen. Genosse Schmitz wollte wissen, was der Rat zu tun gedenkt, um die Versprechungen einzulösen, daß die Arbeiterschaft des Eisenwerkes nicht brotlos gemacht werde, wenn die Stadt dem Herlach das Gelände, auf dem der Betrieb steht, verlässt. Es hat deinfach nicht so lange gedauert, als die Verhandlungen um das Gelände, und der Betrieb liegt still, die Arbeiterschaft ist brotlos, die Stadt hat keinen Grund und Boden mehr und darf nun Gelder aufbringen, will sie nicht die arbeitslosen Geworbenen verhungern lassen.

Auch diese Sitzung der Stadtverordneten zeigt der Arbeiterschaft von Pirna, wie dringend notwendig es ist, aus ihrem Stumpfum aufzutreten und den aktiven Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft zu organisieren, sich einzugliedern in die rote Klassekontrolle des Proletariats.

Interessantes aus Sörnewitz.

Zu Sörnewitz bei Meißen hielt vor 14 Tagen der Deutsche Turnverein kein Turnfest ab, was auch von den Sparten der Behörden, wie auch von dem sozialdemokratischen Bürgermeister behoben war. Der sozialdemokratische Bürgermeister hielt die Festrede und wurde zum Dank dafür von den deutschen Turnern zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Kommentar hierzu erläutert sich.

Reichenau. Bericht über die Gemeindeverordnung. Die Gemeindeverordneten nahmen zunächst von einer Anzahl Verkäufer des Wohnungsausschusses Kenntnis. Bei dem Bericht über die Verkäufe des Verbandsfortbildungsausschusses votzte Genosse Klemm an, in der Kirchhalle den Kindern mehr Platz an ihrer freien Betätigung in den Paulen zu geben. Die Anregung wird dem Schulausschuß übertragen. Die Anwendung einer zweiten Gemeindeschwester soll nun, nachdem die Mittel im Haushaltplan dafür eingelegt sind, baldigst erfolgen. Die Mieten für die Räume der Krankenanstalt in dem Gemeindeamt werden infolge zu hoher Berechnung von 100 M. auf 100 M. herabgesetzt. Der Bauausschuss hat mit Mehrheit beschlossen, die Legung einer Betonplatte auf der Ungerbrücke auszurichten. Dagegen wendet sich Genosse Behmer und verlangt Ausführung in eigener Regie. Der "Ausharbeitervertreter" Franz (SPD) unterstützt dabei die Bürgerlichen, die durch Baumeister Döring erläutert, daß sie sehr wohl die Führung der KPD verstehen könnten, aber im Interesse seiner Klasse würde er für Ausschreibung stimmen. Mit Hilfe von Franz wird dieser Antrag Döring gegen 9 Stimmen angenommen. Von der Antragstellung einer Motorwache wird nutzt seit wegen Mangel an Geld Abstand genommen. Nachdem noch eine ganze Anzahl unbedeutender Bauangelegenheiten erledigt werden, beantragte Genosse Bohmer den Punkt 8 der öffentlichen Sitzung öffentlich zu behandeln. Es handelt sich bei diesem Punkt um die Vergabe der Arbeiten für das vierfamilienhaus. SPD und Bürgerliche stimmen diesen Antrag nieder.

Die Arbeiter von Reichenau sollten die Sitzungen der Gemeindeverordneten besser besuchen.

Fordert die Vollamnestie!

Der ungewöhnliche Amnestiedeutsch der Luther-Freien-Schülerung muß die gesamte Arbeiterschaft zum Aufruhr herausfordern. Die von der Frankfurter Zeitung gemachten Mitteilungen über das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Reich und London überzeugen an Schamlosigkeit das Erwartete. Die Amnestie, wie sie vom Reich geplant wird, ist ganz offensichtlich weiter nichts als ein Sprungbrett für die noch gelungenen Halzenkreuzer. Die proletarischen Gefangenen, die auf Grund von nach dem 1. Oktober begangenen Handlungen ins Gefängnis gekommen sind, bleiben noch wie vor im Kerker. Opfer des Oktober, die noch Tausenden zählen, werden nicht befreit. Mit ihnen bleibt der größte Teil der proletarischen politischen Gefangenen in den Händen der Klassenjustiz.

Trotz die Oktoberkämpfer von der Reichsarmee ausgeschlossen werden müssen, betrifft in ganz besonderem Maße die sozialistische Arbeiterschaft. Wer die sozialen, auch jetzt noch nicht abschaffenden Landesfriedensbruchstreiche gegen sozialistische Arbeiter, die fast lärmlich auf nach dem 1. Oktober begangene Handlungen zurückgingen, verlastet hat, kann sich ungehobelt ein Bild davon machen, wie schamlos die sozialistische Arbeiterschaft mit der Freien-Amnestie hintergegangen und betrogen wird. Von den proletarischen politischen Gefangenen Sachsen wird es gut wie niemand herauskommen. Denn einmal erstickt sich die Reichsarmee nur auf Verfahren, die vor dem Reich eingezogenen Gerichten geschworen haben, also Reichsgericht, Staatsgerichtshof und Ausnahmegerichten, und zum anderen sind per hälftigjährig wenige sozialistische Arbeiter vor diesen Gerichten ab-

gestellt. Noch ist der Plan der Reichsregierung nicht feste. Aber wenn die Arbeiterschaft nicht den sozialistischen Gegensturm ausübt, dann wird die Freiheit bald triumphieren. Deshalb muß überall der Ruf erschallen:

Hier mit der Vollamnestie!

Einer, der amnestiert wird

Einer der Heldenhelden der Rotenausträger war der Fabrikant Küchenmeister in Kreisberg i. S. Er sah das Auto, er hatte ein schlechtes Waffenlager und — er tat fehlverständlich ins Ausland. Hintereher gewährte ihm der Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik freies Geleit, wie ja das eben für unter der Anklage auf Beihilfe zum Nord-schiff-Kidnapping gebührt.

Der Küchenmeister spaziert jetzt in Kreisberg herum und meldet hier von Zeit zu Zeit auf der Post, die ihm belohnt, daß er noch da ist.

Warum soll er auch turmen?

So eine republikanische Regierung ill., wird er amnestiert, denn er ist erstens kein Prolet, zweiter liegt seine Täte vor dem 1. Oktober 1921 und drittens undomisch lang man nicht von der Bourgeoisie erwarten, daß ja die Mitglieder ihrer Klasse angreift und ins Loch kriegt.

Gehen die Gefangenbarbarei

Die KPD-Fraktion hat im Landtag folgende Anträge eingereicht:

Im November 1921 trat in der Gefangenenanstalt I am Münchener Platz in Dresden eine leuchtende Massenversammlung auf. Die Ursache dieses Bergaufs war die schlechte Gefangenensituation, die vor allen Dingen aus verfaulten Heringen bestand. Infolge des Genusses dieser verfaulten Heringe erkrankten eine große Zahl von Gefangenen. Aus zahlreichen Beschwerden, die eingestellt wurden, geht hervor, daß mehrere Hundert noch an den Folgen der Vergiftung leiden.

Trotz schwerer Entkrankungen und medizinischer Behandlung im Krankenhaus werden Haftentlassungsanträge abgelehnt. Ja, im Gegenteil, noch nicht gehetzte ironische werden wieder der Gefangenenzustand aufgezeigt.

Nicht nur die Haftentlassungsanträge werden abgelehnt, sondern auch die Entschädigungsanträge.

Die Vorgänge in der Strafanstalt am Münchener Platz haben eine große Erregung unter den Gefangenen und Angehörigen der Inhaftierten ausgelöst. Wir fragen daher die Regierung:

In welcher Weise denkt sie die Opfer dieser Massenvergiftung zu entlastigen?

Welche Gründe waren maßgebend für die Ablehnung der Haftentlassungsanträge?

Wie war es möglich, verfaulte stinkende Heringe den Gefangenen als Futter auszuhändigen?

Wer trägt die Verantwortung deut und was hat die Regierung gegen die Schuldigen getan?

Welche Maßnahmen hat die Regierung getroffen, um tatsächlich derartige Massenvergiftungen durch die Aushändigung verbötzter Nahrungsmitte zu verhindern?

Keiner und Genosse.



geurteilt worden, und wenn sie vor solche Gerichte geschleppt wurden, dann fass mit wegen Handlungen, die sie nach dem 1. Oktober begangen haben. Wir werden in einem befindlichen Artikel hierzu noch Stellung nehmen.

Das Verbrechen, was die Klassenjustiz an den Opfern des Reichswahlrechts in Sachsen begannen hat, ist durch die Reichsarmee nicht geführt.

Es erwähnt beschämt für die sozialistische Arbeiterschaft die bringende Blöße, sich mit allen Kräften gegen derartige Bezugsmittel zu wenden. In allen Betrieben, Gewerkschaften, Gewerkschaftsverbänden, Sparten und anderen Arbeiterschaftsorganisationen müssen die Arbeiter in der Freien-Arbeits-Freien-Regierung Stellung nehmen. Parteizuteilungen mit der Förderung der Vollamnestie für das ganze Reich müssen angenommen werden, um so der Errichtung der breiten Arbeitermobilisierung Ausdruck zu verleihen.

Auch die Gemeindeparlamente werden von uns mobilisiert werden.

Ein Sturm der Entrüstung mag durch das ganze Land gehen. Der Reaktion muss gezeigt werden, daß die jüdischen Arbeiter nicht gewillt sind, sich diesen Schandstreichen fallen zu lassen.

31. August!

Montag.

Der Landtag wolle hörlich sein: Die Regierung zu beauftragen, bei der Reichsregierung darum zu wissen, daß der jetzt vorliegende Amnestiegebotswillkurfürst gezogen und ein solcher eingebracht wird, der anzunehmen ist auf

1. alle bis zum Tage der Verkündigung des Gesetzes begangene Vergehen und Verbrechen;

2. alle im Zusammenhang mit politischen Vorgängen bis zum Tage der Verkündigung in Verbindung stehende Vergehen und Verbrechen, also auch solche, die von dem Gericht als Banden- oder Hochverrat oder Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz zur Abschaffung gekommen sind oder noch schwanken;

3. Zuchthausstrafen, die wegen diesen Vergehen oder Verbrechen erkannt sind;

4. aus Not begangene Vergehen oder Verbrechen, insbesondere auf solche gegen die §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuchs.

Dresden, den 19. Juni 1925.

Kennen und die Mitglieder der kommunistischen Fraktion.

Die sozialpolitische Arbeit

Von einem in der DAW tätigen Genossen wird uns geschrieben:

Die sozialpolitische Arbeit gewinnt immer mehr Bedeutung und es ist Blöße eines jeden Arbeiters, sich in diese Materie einzubringen.

Die Zahl der Katastrophen, bei denen Arbeiter Leben oder Gesundheit kosten, wächst im Zeichen des Dawes-Plans in beeindruckendem Maße. Nebenmüll, Erdbeben und ungenügender Ernährung und ungeeigneter Wohnungen sind bei dem herrschenden Anteilstumulus nicht weichende Ursachenquellen für immer neue Unfälle. Dazu kommt, daß im Jahre des Unternehmens das Reichsarbeitsministerium eine Kasse zur Unfallversicherung entworfen hat, die einen weiteren, wenn auch zum Teil verhältnismäßigen Abbau der Fürsorge bringt.

Vor mehreren Wochen der sozialpolitische sozial-politische Ausbau an alle Betriebszellen und Ortsgruppenleiter ein Kundschreiberecht und aufgeteilt auf praktische Mitarbeit auf diem Gebiet. Schon damals haben wir kurz antritt miteinander die Aufgaben, die wir zu erfüllen uns genutzt haben. Letzter müssen wir feststellen, daß sich bis heute nur wenige Genossen zur Mitarbeit bereit gefunden haben. Es ist dies ein Zeichen, daß unter Genossen den Wert eines sozial-politischen Ausbaus noch nicht verstanden haben. Dieses muß in kürzer Zeit anders werden. Es muß erreicht werden, daß alle betriebenen Betriebszellen im sozial-politischen Ausbau vertreten sind, des weiteren alle Organisationen, die auf diesem Gebiete tätig sind. Wo die Möglichkeit nicht besteht, daß ein Vertreter der Organisation teilnimmt, muß unbedingt ein Genosse der Fraktion dies tun.

Was sind nun die Aufgaben der Betriebszellen im sozial-politischen Ausbau:

1. In berichten über die schlechten hygienischen Verhältnisse im Betrieb, sowie über das Aehlen von Schnapsdosen.
2. Es muß durch eine öffentliche Kritik erreicht werden, daß alte derartigen Missstände beseitigt werden zum Wohle der gesamten Arbeiterschaft.
3. Rufen sofort alle Betriebszellenfälle gemeldet werden, um von uns aus einer möglichst lückenlose Statistik an jedem Monatende der Presse übergeben zu können.

4. Den bestehenden Betriebskontrollen müssen unsere Betriebszellen mehr Auge amtiert haben.
5. In manchen Betrieben besteht die Tatsache, daß Heimarbeit eingesetzt werden. Dafür werden im Betrieb Entlassungen vorgenommen. Die Heimarbeit werden aber meistens gezwungen, unter den bestehenden Verhältnissen zu arbeiten. Da durch steigt sich die Not der Heimarbeiter ins Unendliche.
6. Durch eine prompte Erledigung der hier angeführten Punkte machen wir unsere Zeitung interessant und tragen dazu bei, daß dieselbe eher in den Arbeitswohnungen Eingang findet.

Jur Jungs der Gewerkschaften, Sozialisten, Arbeiterschaften usw. folgendes:

Ein Teil wird sagen, was sollen wir uns um diese kümmern? Für die Betriebszellen leben nachhaltende Jahren, welche Kosten darüber hinaus stehen. Es fallen unter die Fürsorge-Pflichtverordnung nach einer "Dienstzeit" des Reichsarbeitsministeriums:

1 231 000 Invalidenrente
11 500 Altenrente
130 000 Witwerschaft
161 000 Witwen
524 000 Waisen
zusammen: 2 095 500

Aus der Sozialversicherung kommt dazu:

800 000 Kriegsopfer
120 000 Kriegerwitwen
190 000 Eltern
1 000 000 Waisen

zusammen: 2 450 000

Dazu kommen noch die Armeenträger, zu denen auch noch die Gewerkschaften, die zwar keine Rente besitzen, gehören. Man kann also sagen, es kommen insgesamt insgesamt 5 Millionen Personen in Frage.

Welches Gehalt wir auch prüfen, überall betrifft dielebe Tendenz Schutz des Unternehmers und des Staates gegen die Arbeitnehmer und die Fürsorgeberechtigten. Auch hier wieder einige Beispiele:

Invalidenversicherung erhält eine Person vor dem Kriege monatlich 15 bis 22 Mark, heute dagegen nur 11 Mark. Unfallrente monatlich vor dem Kriege bei polizei 15 Mark, jetzt 8 Mark, seit 1.1.20 Mark.

Krankenversicherung, hier müssen die Seile ihre Verordnungen einrichten. Die Seile können nach Verhinderung bis 20 Prozent der Kosten für Kinder, Heil- und Pflegekosten erheben.

Kriegsopfersfürsorge. Alle Beichdägten unter 20 Prozent. Die

2. Ufa-Konferenz

München, 18. Juni 1925.

Um Mitternacht früh wurde der 2. Kongress des Ufa-Bundes durch den Vorstandsvorsitzenden Kutschauer in dem mit lila und weißen Tüchern verhängten Saale des Hotel Wagner eröffnet. Von den gemeldebenen 22 Delegierten waren 17 anwesend. Davon vertreten 28 die einzelnen angeschlossenen Verbände, 16 vertreten 13 ausländische Ortsverbände, 11 von Ufa-Gesamtverband und 6 die seitdem neu gegründeten Ufa-Arbeitsausstände. Wieder waren durch die direkte Delegation der verbliebenen Verbände nur die rechtschaffene Partei der Delegierten entsandt.

Parteibeschluss bei Düsseldorf.

Kutschauer vom Bundesvorstand gab einen kurzen Bericht über die Tätigkeit seit dem Düsseldorfer Kongress im Jahre 1921. Er betonte die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit der Arbeiter, Beamten und Angestelltenorganisationen. Deutschland bedürfe der sozialen Einigung in wirtschaftspolitischer Leitung und dazu auch der Befreiung der noch belasteten Gebiete. Deshalb müsse auch diesmal angesichts der Einigungssituation in den Ämtern der Entwicklung eine rote oder rote Forderung mit einem trügerischen Ja quittiert werden. Angeklagt der besseren Verleihung und des deutschen Museums, die Menschen bewegen, möglicherweise nicht die Technik allein zu bewundern, auch die Zeugnisse dieser Werte müssten die Anerkennung bekommen, die sie in ihrem Leben brauchen.

Ministerialdirektor Dr. Schäfer sprach als Vertreter des Reichskanzlers und des Reichswirtschaftsministers.

Dr. Staudinger vom Reichswirtschaftsministerium hofft, daß der nun schon 4 Jahre dauernde vorläufige Reichswirtschaftsplan bald zu einem endgültigen werde. Chronisches Leid richtig!

Der Sekretär des UfB, Oskar Gudenberg, Amsterdam, freut sich, feststellen zu können, daß die nunmehr 6 Jahre bestehende Amsterdamer Internationale von aller Rettung von Rechts und Links ungebrochen lebt, strotzt die Mitgliedszahl auf Grund der großen Arbeitslosigkeit in England und Deutschland von 18 auf 16 Millionen gekommen ist. Es hat ein hohes Ziel auf die demokratische Grundlage der dem UfB angehörenden Gewerkschaften.

hohe Soziale und vorzügliche Arbeitszeit zu erreichen ist, nur möglich mit den Mitteln einer demokratischen Gewerkschaft.

Er glaubt, daß innerhalb der Gewerkschaften keine anderen als demokratischen Methoden möglich sind. Vielleicht seien andere Methoden auf politischem Gebiet möglich. Aber auch dies ist eine umstrittene Frage. Jedenfalls zeigen die Errungen in dem Italien des Faschismus und dem Aufstand des Kommunismus, daß diese hier bestehenden Erfahrungen nur möglich seien, weil dienen keine auf demokratischer Grundlage stehen den Gewerkschaften gegenüberstanden.

Er glaubt, daß es einer Beurteilung angeht, ob die Annahmebedingungen des UfB zum UfB keine Veranlassung sei und hofft, daß auch die zufälligen Gewerkschaften, allerdings auf der Grundlage der Weisheit des UfB, bald zu Mitarbeitern werden.

Der UfB habe die nun 1920 bis vor halb 1922 von der RSDP geführte Konfrontation glücklich überwunden und abgeschlossen. Er werde auch die jetzt einzigen Monaten in Angriff genommene Einführungspolitik der sogenannten roten Gewerkschaften zu paralysieren versuchen. Auch angesichts des englisch-zuländischen Komitees besteht keine Bedrohung zur Unruhe. Diese Sache sei eine rein interne Angelegenheit der englischen Gewerkschaften.

Der deutsche Vertreter des internationalen Arbeitsrates in Genf, Regierungsrat Tonra, berichtet dann ein Schreiben des Dr. Thomas, in dem dieser betont, daß eine wichtige Arbeit das feierliche Besprechen der Friedensverträge von einer

Gesellschaft des Arbeitsplatzes von 8 Stunden auch trotz der Konvention von Washington noch nicht erfüllt ist.

Vieldest müsse das Arbeitamt mit sicherer Jurisdiktion die Souveränität jedes Mitgliedstaates ununterbrochen aufrechterhalten, weil es ihm nicht zutreffe, den Entscheidungen der Regierung entgegenzutreten. Tandem hoffe er aus der Zusammenarbeit aller Kreise der Wirtschaft auch auf eine baldige Ratifizierung des Washingtoner Abkommen durch alle angehörenden Regierungen.

Großmann vom UfG betont, daß die Zusammenarbeit zwischen Hand- und Kapitalarbeiter in gute Fortschritte gemacht habe, trotzdem die ungeteilte absolute Union zwischen Angestellten, Arbeitern und Beamten nicht vorausgetnommen sei. Er nimmt für die freien Gewerkschaften in Anspruch, daß die Deutschen nach dem Chaos bewahrt haben. Weil mit keinen Christenstaat haben, in der die Arbeitnehmer nur Objekt der Betriebsverhältnisse sind, sondern

einen Polizeistaat, der ohne die Bismarck der Gewerkschaften unentzündbar ist,

haben mit Sicherheit, wie Ludwig der XIV. zu sagen, Der Staat und wir.

Hilferding als Vertreter des Vereinigten Verbands der SGD, singt ein hohes Lied auf die Fortschritte vom der Wirtschaftsdemokratie, die sehr wohl auf der Grundlage dieses von uns zu verteidigenden Staates zu errichten ist.

Selbst das Reichsbanner "Schwarzgold" hatte den jugendlichen Höhingen, Köln-Nippesburg entlaufen, der auf die

große Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit dem Reichsbanner hofft.

Bei der Konstituierung des Kongressbureaus werden in Bereichen Kutschauer, Stähler und Kutschauer gewählt.

Gelehrtenbericht.

liest den Gelehrtenbericht über die inneren Beziehungen im Bau-Amt berichtet Stähler. Nach der Herbeirufung der Institutionen habe sich auch die Mittelschicht wieder stabilisiert und gehe aufwärts. Mittelschicht und unterste Mittelschicht anzuheben vermöchte er. Die für den Bau-Zweck gesetzlichen Erhebungen, die einzige angeschlossene Verbände vor die Kräfte des Reichsbaus zum Stand stellte, seien überwunden. Der deutsche Werkmeisterverband habe auf seiner letzten Tagung in Büdingen einstimmig die Gründung des Bauvereins. Die Vereinigung des "Allgemeinen Verbandes der Bautechniker" mit dem Reichsbauverband "Bautechniker" habe eine weitere Starfung gehabt. Der Bauarbeiterverband, der mit zu den Gründern des Bau-Verbands gehörte, dann ausgetreten, um zum UfB überzutreten. In diesem Jahre wieder zurückgekommen. Die notwendige enge Zusammenarbeit mit den Angestelltengruppen der freien Arbeiterverbände insbesondere mit dem UfB, habe noch sehr viel zu wünschen übrig. Dabei möchte die Degradation eines starken Teils von Reichsbaubeamten zu Angestellten, denen aber von der Reichsbauverwaltung alle Angestelltenrechte vererbt werden, eine enge Zusammenarbeit notwendig gegenüber den Verbänden der Unternehmer, das Tarifrecht zu begrenzen und die Angestellten illustriert zu machen, habe der Vohnpolitische Ausschuß mit aller Kraft gearbeitet.

Der Bau und die Ortsverbände angestellt, die durch zu Bezirksoffizielle — solche für Brandenburg und Westfalen — und neu gegründet — zusammengehalten werden.

Am Schlusse seiner Ausführungen glaubt Stähler auf diesem kommunistischen Kongress doch noch

eine Kommunistenattade.

zeiten zu müssen. Als Grundlage hierfür zieht ihm ein Kundtbriefe des UfB vom 18. Dezember 1924, das sich mit dem allen demokratischen Grundlagen behauptenden Hauptausschuss kommunistischer Mitglieder aus dem 30. befaßt. Bezeichnend war, daß gerade die jüdl. Delegation bei diesen Ausführungen aplaudierte, obwohl sie nicht in der Lage war zu befreiten, daß der UfB allein in Berlin durch die Betriebsratstätigkeit Januausende von Mitgliedern verloren habe.

Friedensminister Aufhäuser begrüßt die Zustände, wie der Lebensweg der letzten Jahre, der wie ein Drama einer gewissen Art für die Existenz der Gewerkschaften, momentan baldwegs überzumachen sei. Er betont, daß

trotz der Stabilisierung die deutsche Wirtschaft nicht gesund

sei und daß die jüngste Krise nicht mit Schlagwörtern von Kapitalnot und lebendigen Betriebsmitteln behoben werden könne.

Friedrich Bentz betont, die Weltwirtschaftskrise, die vorwiegend eine Arbeitskrise ist, sei jetzt durch eine Sanktion der Staat, sondern dadurch, daß man die breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung in die Lage versetzt, ihren Bedarf zu decken. In diesem habe eine Kundfrage bei zehn Arbeitersfamilien ergeben, daß neun von diesen zehn Arbeitersfamilien einen Erwerbsbedarf von 50 bis 100 Prozent haben. Wenn diese Feststellung auf die 15 Millionen ausgehobt wird, wird man feststellen können, daß ein ungeheure Bedarf an Erhaltungsgegenständen, Kleidungsstücken, um soviel mehr als die kapitalistischen Unternehmungen bei so notwendig, die lebendige Arbeitskraft mit neuen Betriebsmitteln zu erhöhen.

Der UfB-Bund habe ihm eingehend mit der Arbeitslosenfrage beschäftigt. Die

Überfüllung des Arbeitsmarktes der Angestellten durch den Personalausbau und Beamtenabbau der Behörden durch den Abbau in der Industrie und durch die Entlassung von 180 000 Angestellten des Postamtes sei katastrophal.

Die jüngste Reditssteuer habe nicht das geringste gegen die Münchner, auch nichts für den beladenen Schuh alterer Arbeiter und Angestellten getan. In der Frage der Sozialversicherung bekommt ein hornisches Unternehmertum selbst die kleinen Pauschalmittheilen, die die jüngste Regierung für "angebrachte" hatte. Dabei habe sich herausgestellt, daß die absolute Belastung der Volksarbeiter im Wirtschaftsamt der Arbeitenden nur im Bereich von 100 zu 100 festzuhalten ist. Die höheren Betriebe zur Sozialversicherung ergeben sich also nur aus der Sanktion der Realitäten, stellen eine Mehrbelastung der Arbeitenden, nicht aber der Unternehmer dar. Mit Bedauern stellt Aufhäuser fest, daß in den sozialen Republik T. Vor. die Frage einer einheitlichen Arbeitsrechte nicht fortgeschritten, daß im Gegenteil das Tarifrecht und das Einkommensziel von den Unternehmern verschlagen und erhebt wird.

Weil die Sozialisierung nicht gelang, dann müssen die gewerkschaftlichen Organisationen einringen in die Vermögens- und teilte die Auslastungen hierfür müssen. Die neu gegründete Arbeiterschaften und Beamtenaufbau der Gewerkschaften ist eine soziale Notwendigkeit (1). Die Angestellten müssen nicht allein Vertrauen auf die Tätigkeit der Parlamente, sondern müssen auch außerhalb dieser Parlamente mit den Voraussetzungen für eine Selbstregung ihrer Kräfte schaffen.

Diskussion.

Peters vom Bund der Arbeiterkämpfen stellt fest, daß im Jahre 1922 die monatliche Unfallziffer 1678 betrug, während sie im November 1924 auf 548 gesunken ist. Täglich kommen in den Gruben zwei tödliche Unfälle und 200 Verletzte durch Unfälle vor. Insbesondere die Ausbildung von Premien an Arbeiterschaften ist mit allen Mitteln zu befampfen.

nicht mehr gereinigt worden war. Ebenso wenig mußte sie, daß die Böschung, die sie tranken, verfälscht, die Arzneien, die sie einnahmen, verfälscht, Tee, Kaffee, Zucker und Mehl verfälscht waren. Auch die Kleidung verfälscht ihnen viel Sorgen, der Winter war bitterkalt, in den Warenhäusern befanden sie nur dünne Baumwollkleider; selbst wenn sie mehr zahlen, erhalten sie billige Gewänder, aber mit Rüschen und billigen Spuren verzerrt. Betrogen wurden sie auf alle Fälle. Ein junger Arbeiter Friedlmosch erzählte ihnen, wie hier in Amerika die Kunden begaunert werden. Ein abhängiger Landmann war in ein Warenlager gekommen, um eine Wiederholung zu kaufen. Der Verkäufer zeigte ihm zwei völlig gleiche Uhren, die eine kostete einen Dollar, die andere einen Dollar und fünfzig Cent. Der Kaufmann fragte, worin der Unterschied zwischen den beiden Uhren bestünde. Der Verkäufer sagt die erste Wette nicht zur Hälfte, die zweite ganz auf und ließ die Wette laufen. Selbstverständlich lautete die Wette zu einem Dollar fünfzig Cent länger als die andere, worauf der Kunde bemerkte, er habe einen äußerst festen Schlaf, bevor er eines besseren Wettens und die teurere kaufte.

Ein bekannter Dichter singt:

Jungster wird das Herz und Edler die Haltung.

Wenn unsere Jugend verlängt das Alter der Quellen.

Doch meint der Dichter wohl nicht die Quellen der Bedürftigkeit und Armut, die so bitter und graulich sind, und dennoch so hölzlich und wurdlos — denen kein erhabenes Pathos Schönheit verleiht. Mit derartigen Quellen beschäftigen sich die Dichter nicht gerne, denn die Einzelheiten können eigentlich gar nicht in "guter" Gesellschaft erwähnt werden. Wie konnte auch ein Mensch hoffen, bei den Bewundernern der schönen Literatur Teilnahme zu erwischen, wenn er von den Leiden einer Familie berichtet, deren

Haushalt vom Idiot beschäftigt ist mit der Vage des Hauses, Arbeitsergebnis, aber als Angestellte beschäftigten Personen bei der Reichsbahn.

Zehntausende von Angestellten gehen durch die Mahnung der Reichsbahnverwaltung ihrer Angestelltenrechte verlustig.

Drei Vertreter der Bühnen- und Varieté-Angestellten beschäftigen sich mit den Verhältnissen der Regierung, bei dem Reichstagskabinett, aber den öffentlich-rechtlichen Teil, also die Reichstagskabinette und nicht über die für die Angestellten besondere wichtigen privatrechtlichen Fragen in betrüffigen. Gegen diese Verhältnisse, die Angestellten um ihr Tarifrecht zu prellen, und dieser Verhältnisse ihre wirtschaftliche Lage noch mehr zu schwächen, muß mit aller Kraft angekämpft werden. Der Kampf um den Auszubildungstag und der Kampf der Bühnenangehörigen um mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen werde außerordentlich schwierig, wenn gewerkschaftlich organisierte Arbeiter im Nebenberuf künstlerische Schwarzarbeit treiben.

Es geht nun gegen einen Antrag, der unverblümmt die Bildung einer neuen Gewerkschaftspartei fordert.

Auf ein Schlußwort wurde verzichtet. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Gegen den Jahrtausendrummel der Separatisten!

Immer wiederholt wird das burrapatriotische Treiben, das sich unter dem Gewand der Jahrtausendfeier im Rheinland abspielt. Hat man seit Wochen über "Inoffiziell" gleichgeblieben und zu einer Zeit, da zugleich Hunderttausende von Arbeitern um ihr Heil gebeten, ausgelöscht und entlassen werden, Millionen Werk bereits verbraucht, so begann am Donnerstag mit der Kundgebung des Provinziallandtags der "offizielle" Teil mit "Vaterland" des Reichspräsidenten, Reichslandtag und "vaterländischem" Präsidenten, der aus allen Teilen des Reiches zusammengetrommten Richtstrier und Minister.

In der Stunde, in der das Reichsbüro noch mit der französischen Antwort auf das Schadenergebot des Sicherheitspolizeibehörte, gingen in Düsseldorf elektrographisch nationalistische Parteien vom Stapel. Damit das Volk nicht hört, wie man es verläuft, damit es nicht merkt, was für ein elenden Werthzug in in der Hand der Imperialisten abgedreht ist, mußte eine lächerliche Komödie der Begeisterungen "theinischer Freude" aufgeführt werden. Wie man vor dem 10. Januar 1925 nicht wäre würde, über die bewußtseinste Raumung Kölns zu jubilieren, so vertritt Luther die Befreiung des Arbeitgebers und Kölns für den 16. August um mit "Erfolg" der nationalen Regierung zu prunkten. Und der Sozialdemokrat Braun hatte den ehrwürdigen Mut, von seiner Hoffnung zu reden, daß das "theinische Volk" ein völlig freies Volk sein möge — er, der mit seinem Partei das größte Hindernis der wirtschaftlichen Freiheit darstellt.

Die Reichsleitung hat in ihrem Treiben eine kleine Störung erobert in der Samstagabend des Provinziallandtags trübte die kommunistische Fraktion ihre feierliche. Die von der Jahrtausendfeier so begeisterten Vertreter aller bürgerlichen Parteien, Sozialdemokraten nicht ausgenommen, waren während der Separatistenfeier bereit, auf die tausendjährige Jubiläumsglocke zum Reich zu verzichten. Sie haben im Pariserster Ausschuß mit General Tissard über die Lösung des Rheinlandes von Preußen und vom Reich verhandelt. Genoss Knob hat sich erobert, den Wahlschein für seine Gewerkschaften eine Rolle Woche vor dem 10. August mit General Tissard über die Lösung des Rheinlandes von Preußen und vom Reich verhandelt. Genoss Knob hat sich erobert, den Wahlschein für seine Gewerkschaften eine Rolle Woche vor dem 10. August mit General Tissard über die Lösung des Rheinlandes von Preußen und vom Reich verhandelt.

Die Sozialdemokratie, die ich heute vor Begeisterung für Deutschland in Preußen und Schlesien nicht genug kann, war da mal bereit, sich zu verkaufen. Heute, mitten in dieser erogenen Begeisterung, ist sie es wieder. Sie verläuft sich als Eltern treiber, vertrübt die deutschen Arbeiter als Kanonenfutter an die Ententemächte, und alle die nationalen Kundgebungen sind nur Sand in die Augen der Unterdrückten.

Die Eltern sind nicht mehr willens! Die rheinischen Arbeiter haben 1923 den Separatistenpakt verhindert, zeigen auf, daß sie allein das Recht für sich in Anspruch nehmen, ihr Reich zu bestimmen. Die drei rheinischen Begeister der UfD bereiten für die Zeit vom 2. bis 9. August als Proklamation gegen die Ergebnisse der Bauräume eine Rolle Woche vor auch diese Tage und Feiertage, je einerne das Proletariat an Seiten, die es in sich nicht verbergen wird. Dem verlogenen Gehöhn der Jahrtausendfeiern werden die rheinischen Arbeiter dem nationalsozialistischen Heimbergewölbe mit dem roten Schwert entgegensezten.

Krieg dem Krieg!
Krieg den nationalen und internationalen Unterdrücker!
Gegen die Internationale der nationalistischen Ausbeuter, die intensivste Einheit der Arbeitenden!

Berlog "Arbeiterstimme" Dresden. — Druck: "Neunzig" Altfalte Dresden. — Verantwortlicher Redakteur: Rudolf Renner, Dresden.

heim von Hingerichtet überleben kann, wenn er schlägt, wenn er läuft und wenn er gefangen ist, das Hingerichtete

Zu den Opfern der Armut gehört auch der alte Anton, der Winter kommt, und der alte Mann arbeitete in einem Keller, wo es so falt war, daß man den eigenen Gang verlor, und die Finger fest froren. Der Haken, der ihn immer geknüpft hatte, wurde ärger und ärger, währendlich hulte er ununterbrochen; der Kärm war ganz widerlich anzusehen. Außerdem fragten die häuslichen Küstigkeiten, die den Rücken überchwemmten, die Söhnen von seinen Stiefeln fort; die Fülle des alten Mannes wurden mit beschworenen und Wunden bedeckt. Er wußte nicht, welche dies durch schlechtes Blut oder eine Wunde verursacht, erfundene bei den Kameraden; diese erstarben, es sei ein ganz alltäglicher Vorfall, sei eine Folge des Salpeters. Die Hunden werden nie mehr hellen, gibt er die Arbeit nicht auf, so werden ihm mit der Zeit die Zehen abschalen. Über der alte Antonas sah er die Sorgen daherkommen und wollte keine Arbeit nicht aufnehmen. Er verband sich die schwärenden Haken mit Lappen, hultete und schwamm weiter, bis er eines Tages völlig zusammenbrach. Die Arbeiter trugen ihn in einen trockenen Raum, legten ihn auf den Boden; am Abend brachten ihn zwei Männer nach Hause. Er wurde ins Bett gelegt, vertrückte vermeintlich jeden Morgen aufzuhüten, doch gelang ihm dies nicht. Dort lag er nun, hultete und schwamm, mochte zum Stiefel ab. eines Nachts ertrank er fast, und Blut floß aus seinem Mund. Tödlich erstickte er, rief die Familie einen Arzt. Dieser verlangte einen halben Dollar und erklärte, der alte Mann sei verloren. Werkwidrig erweiste man der Arzt, barhäuptig genug, es nicht vor Antonas zu legen, und dieser flammte sich noch immer an die Hoffnung, er werde morgen oder übermorgen auftauchen und an die Arbeit zurückkehren können.

(Fortsetzung folgt.)

DER SUMPF

Roman von Upton Sinclair

Neubearbeitung

Stilistische Überarbeitung aus dem Amerikanischen von Hermann zur Möhlen. Erweiterte Auflage 1926. — Eine Reihe anderer Romane der Autoren und der Übersetzer werden in diesem Bande und im Übersetzer vermerkt.

(16. Fortsetzung)

Und wie ungerecht ist der Kampf, die einen haben alle Mittel, alle Waffen, die anderen nichts! Dies war zum Beispiel er, der auf den Anten gestoßen hatte, er werde Ona vor jeder Gefahr bewahren, und ihm eine Woche später mußte sie leben, trat sie der Schlag eines Feindes, gegen den Jungs ohnmächtig war. Es kam ein Dezembertag, der der Regen in Stromen niederließ, an jolch einem Tag im feuchten, füllten Keller zu arbeiten, war wahrlich kein Vergnügen. Ona war eine Proletarierin,

